

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher-Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauscher Straße 10/21 — **Telefon** 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gefaltete Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Zeile 1.70 Mt., Nekrolog-Kolonelleise 7.50 Mt. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Friede mit Amerika.

Washington, 1. Juli. Der Senat hat die Kompromissresolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits beendet, mit 88 gegen 19 Stimmen angenommen. Damit hat der Kongress die Kompromiss-Resolution endgültig verabschiedet. Sie geht jetzt zur Unterzeichnung an den Präsidenten.

New York, 2. Juli. Präsident Harding unterzeichnete die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Oesterreich.

### Die ersten Wirkungen des Friedenschlusses.

London, 2. Juli. Der Washingtoner Berichterstatter der Morning Post meldet seinem Blatt, nachdem der Kongress die Friedensresolution angenommen habe, werde über einen Handelsvertrag mit Deutschland verhandelt werden. Die Washingtoner Post, die, wie man glaubt, das Sprachrohr Hardings ist, schreibt, die Nachricht, daß Präsident Harding beabsichtige, den Verfall der Vertrag oder einen neuen Vertrag wiederum dem Senat vorzulegen, sobald die Friedensresolution erledigt sei, entbehre jeder Grundlage. Ferner wird von dem Berichterstatter der Morning Post gemeldet, daß das Kriegsamt die Meldung betreffend die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein nicht bestätigt hat, daß aber mit Rücksicht auf die Herabsetzung der Grenzstärke und auf die dringende Notwendigkeit der Sparsamkeit die Zurückziehung nicht unwahrscheinlich sei.

## Das englisch-japanische Bündnis um ein Jahr verlängert.

London, 2. Juli. Reuter erzählt, mit Rücksicht darauf, daß die im vorigen Juli von Großbritannien und Japan an den Völkerbund gerichtete Mitteilung bezüglich eventueller Abänderung des englisch-japanischen Vertrages zu dem Zwecke erfolgte, ihn mit der Völkerbundszustimmung in Uebereinstimmung zu bringen, was nicht als eine Kündigung des Vertrages anzusehen sei, sei es nicht notwendig, wie vorgeschlagen, das Bündnis vom 6. Oktober zu verlängern. Der Vertrag werde daher vom 13. Juli ab ein weiteres Jahr laufen.

London, 2. Juli. Mit Rücksicht auf die einander vielfach widersprechenden Meldungen betreffend die Erneuerung des Bündnisses mit Japan veröffentlicht Reuter eine Mitteilung, in der es heißt: Die im vorigen Juli an den Völkerbund gesandte Note wurde von den juristischen Beratern der Krone als eine Kündigung des Bündnisvertrages angesehen. Danach würde also der Vertrag in diesem Monat erlöschen. Vor zwei Tagen hat aber der höchste juristische Beamte der Krone, der Lordkanzler, die früheren Urteile umgekehrt und entschieden, daß die Note an den Völkerbund keine Kündigung des Vertrags bedeute, welche Ansicht übrigens Lord Curzon ebenso wie die japanische Regierung von Anfang an vertreten hatten. Japan ist von der veränderten Auffassung Großbritanniens verständigt. Da der Vertrag, selbst, wenn er am 13. Juli gekündigt werden sollte, automatisch ein Jahr weiterlaufen würde, wird der Vorschlag wegen Verlängerung des Vertrags um drei Monate nicht weiter erörtert.

## Die Befreiung Oberschlesiens.

Beuthen, 2. Juli. (D.N.) Die ersten englischen Truppen sind am Donnerstag mit Maschinengewehren, Tanks und Panzerautomobilen in Hindenburg eingetroffen. Sie wurden auf dem Entladebahnhof untergebracht. Die Räumung der zweiten Zone durch die polnischen Insurgenten wurde am Freitagfrüh begonnen. Die Eisenbahnstrecke von Gleiwitz nach Laband ist frei. Es gehen bereits mehrere deutsche Kohlenzüge. Die internationale Kommission wird nach vollzogener Räumung einen partiellisch zusammengesehnen Ausschuss auf allen Strecken reisen lassen, um zu begutachten, ob der Eisenbahnverkehr wieder ausgenommen werden kann oder nicht.

Aus Gleiwitz wird vom 2. Juli gemeldet: Mit der Aufnahme des Verkehrs ist in beschränktem Maße begonnen worden. Gestern früh ist der erste Personenzug von Oppeln abgefahren.

### Die Entscheidung steht bevor.

Paris, 2. Juli. Der Pariser Mitarbeiter der Dena drahtet: Hier verlautet bestimmt, daß die Interalliierte Kommission ihren Bericht über die Grenzfestlegung in Oberschlesien bereits fertiggestellt hat. Die Fertigstellung des Berichts ist mit Hilfe von Sachverständigen erfolgt und der Bericht dürfte in den nächsten Tagen beim Obersten Rat in Paris eintreffen. Die Entscheidung liegt beim Obersten Rat und soll auf Grund dieses Berichts getroffen werden. Ueber den Inhalt des Berichts verlautet jedoch nichts Bestimmtes.

### Deutsche Befürchtungen.

Breslau, 4. Juli. (T.N.) Der Interalliierte Kommission wurde eine Erklärung der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens übermittelt, in der es u. a. heißt: Die Interalliierte Kommission glaubt, den polnischen Zustand durch das Räumungsabkommen beseitigen zu können. Die leidende Bevölkerung Oberschlesiens hat Grund zu der Annahme, daß dieser Zustand nicht der letzte ist. Die Formationen der Aufständischen gehen bewaffnet über die Grenze zurück. Sie werden mit ihren Geräten nach Polen transportiert, so wie sie von dort ge-

konnen sind. Die aus Oberschlesien stammenden Aufständischen gehen mit ihren Waffen in ihre Heimatorte. In der deutsch und polnisch gedruckten polnischen Presse spricht man schon jetzt von einem neuen polnischen Aufstande.

### Ein blutiger Zusammenstoß zwischen Polen.

Boguski, 2. Juli. Während des Festzuges am Peter-Pauls-tag gerieten beim Tanz in einem Lokal kongresspolnische Insurgenten mit einem Trupp obererschlesischer Insurgenten in Streit. Die Oberschlesier feuerten von außen mit einem Maschinengewehr in den Tanzsaal hinein. Die Kongresspolen hatten zehn Tote und 11 Verwundete. Der Führer der Angreifer, einer der Kommandanten von Beuthen, wurde festgenommen und über die Grenze geschickt.

## Ein Kabinett Bonomi.

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Rom wird gemeldet. Die Blätter wollen wissen, Bonomi habe dem König seine Bereitwilligkeit zur Bildung des Kabinetts erklärt. U. a. wird das Zustandekommen des Kabinetts bis kommenden Montag erwartet. Dieses dürfte hauptsächlich die bürgerliche Linke repräsentieren. Nur die nationalitistischen Kreise opponieren, weil Bonomi der Unterhändler in Rapallo war. Das innerpolitische Programm Bonomis umfaßt den Aufbau des Genossenschaftswesens, Schöpfung eines Arbeitsparlamentes, Beamtenreform und wirtschaftlichen Wiederaufbau.

### Ein Abkommen zwischen Faschisten und Sozialisten?

Rom, 2. Juli. Die Zeitungen bestätigen, daß ein Friedensabkommen zwischen Faschisten und Sozialisten unterschrieben werden wird. Dieser Friedenspakt sieht die Einrichtung von Schiedsgerichten vor und die Verpflichtung, die gegenseitigen Meinungen zu achten. Die Sozialisten verpflichten sich, die patriotischen Gefühle der Faschisten zu achten und sich jeder antinationalen Propaganda zu enthalten (? D. Red.). Die Zeitungen besprechen diese Erklärungen und schreiben, daß diese Verhandlungen die Aufgaben des neuen Kabinetts Bonomi gewaltig erleichtern werden.

Wie ernt es den Faschisten mit ihren Friedensabsichten ist, beweist ihre neueste Schreckenstat, über die folgendes berichtet wird:

Rom, 2. Juli. Wie Tempo mitteilt, begaben sich infolge eines Zwischenfalles in Grosseto, wo die Kommunisten einen Faschisten aus Siena, einen ehemaligen Hauptmann der Arditi, getötet hatten, etwa 1000 Faschisten aus Rom, Siena und sogar aus Triest zu einer Strafexpedition nach Grosseto. Trotz der auf sie abgegebenen Schüsse erklärten die Faschisten die Arbeitskammer, die Druckerei einer kommunistischen Zeitung und mehrere den Kommunisten gehörende Häuser. Die Wächter der öffentlichen Ordnung konnten die Unruhen nicht verhindern. Eine Mitteilung der Faschisten von Siena besagt, daß bei dem Zusammenstoß 15 Kommunisten getötet und viele verwundet worden seien.

## Befriedigung der Alliierten über die Entwaffnungsergebnisse.

London, 2. Juli. Reuter veröffentlicht eine Uebersicht über den bisherigen Stand der deutschen Entwaffnung, worin es heißt, das Ergebnis bis Mitte Juni wurde sowohl von belgischen als auch von französischen Offizieren als durchaus befriedigend anerkannt. Das Vorgehen der britischen Regierung in der Frage der Einwohnerwehren habe einen guten Eindruck gemacht.

### Von den Sachverständigenverhandlungen.

Paris, 1. Juli. Die Verhandlungen über die deutschen Sachlieferungen sind heute fortgesetzt worden. Temps teilt mit, daß man in der Preisfrage sich der im Artikel 8 des Londoner Zahlungsstatus schon angedeuteten Grundlage näherte. Die Preise würden durch eine gemischte Kommission festgesetzt werden, die sich zusammensetzen soll aus einem Franzosen, einem Deutschen und einem Schiedsrichter, der im Bedarfsfalle von der Reparationskommission ernannt werden soll. In bezug auf die Zahlungsfristen und die Zahlungsart sei ein Plan ins Auge gefaßt worden, durch den Frankreich die Möglichkeit erlange, die Zahlungen auf eine möglichst lange Periode zu kasseln.

### Japan verzichtet auf das Beschlagnahmerecht.

Berlin, 2. Juli. Die japanische Regierung hat dem Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, nicht beabsichtige, auf Grund des § 18 der Anlage 2 zum Teil VIII des Versailler Friedensvertrages das Eigentum deutscher Staatsangehöriger mit Beschlagnahme zu belegen. Dieser Verzicht bezieht sich auf alle deutschen Güter, die sich in Japan oder in den von ihm verwalteten Gebieten befinden und schließlich ausdrücklich Bankkonten sowie Waren, die sich an Bord japanischer Schiffe befinden oder in Konsignation nach Japan gesandt worden sind, ein.

Mit dieser Entscheidung hat sich Japan dem Schritt Englands, Belgiens, Italiens und der Tschecho-Slowakei angeschlossen, so daß von den in Betracht kommenden Entente-Staaten nur Frankreich sich noch nicht hat entschließen können, diese dem Handelsverkehr mit Deutschland schwer schädigende Bestimmung des Versailler Friedensvertrages aufzuheben.

## Die Klippen des Kabinetts Wirth

Ein Stück des Weges, den das Kabinett Wirth zurückgelegt hat, kann heute schon übersehen werden. Es gibt Anhaltspunkte zur Beantwortung der Frage, wohin der Weg führen wird. Das außenpolitische Verhalten der Regierung kann im allgemeinen die Billigung auch unserer Partei finden. Noch nie bisher seit den Waffenstillstandstagen hat die Welt von der Regierungsbank des deutschen Reichstages so ehrliche und offene Worte über die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gehört. Selbst keine sozialdemokratische Regierung hat den Ton gefunden, den der Reichskanzler Wirth und der Minister Rathenau angeschlagen haben, und auf den aus dem Auslande das Echo ertönte: Darauf haben wir mehr als zwei Jahre vergeblich gewartet. Das Kabinett Wirth hat zu jedem festgesetzten Termin mitteilen können, daß die vorgeschriebene Frist innegehalten worden ist, sowohl auf finanziellen wie auf militärischem Gebiet. Daß dabei noch große Schwierigkeiten bestehen, daß nicht alle Maßnahmen der Regierung glatt und reibungslos zur Durchführung gelangen, das ist zum größten Teil die Schuld der Vorgänger dieser Regierung, die durch ihre passive Resistenz in allen diesen Fragen den ganzen Behördenapparat, den Geist des passiven Widerstandes, der Sabotage eingeleitet haben. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß der Kampf gegen diese Sabotage in der Verwaltung nicht aufhört, daß die Reinigung sich, je länger das Kabinett Wirth am Ruder ist, um so energischer durchsetzt.

Wiel weniger einverstanden können wir vom sozialistischen Standpunkt aus mit der innerpolitischen Haltung der Regierung sein. Was Herrn Gradnauers Tätigkeit leidet, ist der Geist schwarzejünger Reaktion. Er entschuldigt sich damit, daß er den Widerstand der preußischen Regierung, die sich nun endgültig als Regierung des schwarz-blauen Blocks gefestigt hat, nicht ohne weiteres beseitigen könne, wenn es gilt, den Belagerungszustand aufzuheben. Das ist eine mehr als lächerliche Ausrede. Was hat die Regierung des Herrn Fehrenbach nach der Meinung der damals sozialdemokratischen preußischen Koalitionsregierung bestraft, wenn sie den Belagerungszustand verhängt und aufgehoben hat. Damals galt das Wort des Preußenkabinetts fast nichts. Heute, da es Herrn Gradnauer angenehm ist, für seine reaktionäre Tätigkeit andern die Verantwortung zuzuschreiben, lenkt man plötzlich die Verfassungsparagrafen nicht mehr, die dem Reichspräsidenten das Recht zur Verhängung und Aufhebung des Belagerungszustandes geben. Von Herrn Schiffer, dem Jagow-Freunde, wollen wir lieber ganz schweigen. Wir erwarten den Tag, an dem sich die klare Notwendigkeit ergeben wird, das Kabinett Wirth von den Elementen zu reinigen, die seinem Geiste fremd sind.

Die Stellung aller deutschen Regierungen hängt aber angehts der außenpolitischen Lage, in der wir uns als Besiegte befinden, in viel größerem Maße von außenpolitischen Einflüssen ab, als die meisten bei uns annehmen, und als das Ausland gemeinhin in Rechnung stellt. Als das Kabinett Wirth seine ersten Regierungstaten und vor allem die Rede Wirths und Rathenaus hinter sich hatte, da war im Ausland eigentlich nur eine Stimme, daß das die Regierung wäre, die endlich geeignet sei, die Anbahnung normaler Beziehungen in Europa zu fördern. Leider blieb es zunächst bei diesen anerkenntlichen Worten. Auf englischer Seite machte sich eine gewisse Geneigtheit zur Verständigung und sinngemäßem Nachgeben bemerkbar. Man kann nicht verkennen, daß die vernünftigen, von aller Neigung zu nationalitistischen Abenteuer freie Haltung der Regierung Wirth in der obererschlesischen Frage bei den Engländern die Wirkung einer ruhigen aber durchgreifenden Liquidation des polnischen Aufstandes ausgelöst hat. Das, was der englische General Henneker in Verhandlungen mit Hoefler und Korfanty erreicht hat, hätte auch General Le Rond erreichen können, wenn er den ersten Willen zur Liquidierung des polnischen Aufstandes gehabt hätte. Darüber besteht auch bei unsern Parteigenossen in Oberschlesien, die die Verhältnisse aus eigener Anschauung an Ort und Stelle kennen, kein Zweifel. Aber bis auf diese obererschlesische Frage und bis auf gewisse Konzessionen in der Festlegung der finanziellen Leistungen durch die Garantiekommision ist die englische Geneigtheit zur Verständigung doch eine mehr platonische Angelegenheit geblieben. England huldigt noch immer dem Grundsatze, mit deutschen Interessen sich von seinen orientalischen Schwierigkeiten freizukaufen. Noch immer hat man in England nicht erkannt, daß es eine Konsolidierung der Verhältnisse im Orient nicht gibt, ehe nicht die Ruhe in Europa wieder hergestellt ist. Aber der eine vernünftige deutsche Außenpolitik am meisten gefährdende Faktor bleibt doch die französische Politik. Man wird sich in Frankreich klar werden müssen, daß, wenn dieses Kabinett Wirth über die Frage der Sanktionen oder über eine ungünstige Lösung des obererschlesischen Problems fällt, auf Jahre hinaus in Deutschland keine Regierung einer außenpolitischen Verständigung mehr möglich ist. Weil dann alle Nationalisten und alldeutschen Heer-

mit einem fast unwiderleglichen Schein des Rechts erklären können, daß jede Verständigungspolitik nur neue schwere außenpolitische Mißfolge erzielen könne. Es will mandamental scheinen, als ob die Internationale der Intransigenten, der nationallistischen Heher, der Sinn- und vernunftlosen Selbstkrieger unüberwindlich sei. Es soll nicht verkannt und geleugnet werden, daß gerade in der offiziellen französischen Politik heute starke Bestrebungen für eine vernunftgemäße Verständigungspolitik bestehen. Es gibt mehr, die erkannt haben, daß die Politik des militärischen Wahnsinns vielleicht eine völlige Zerstörung Deutschlands erreichen kann, aber daß diese Zerstörung gleichbedeutend mit dem endgültigen wirtschaftlichen Zusammenbruch Frankreichs ist. Über diesen besonnenen politischen Kreisen fehlt der Mut, den französischen Rabau-Nationalisten — gewissen Industriepredikanten, die ihre persönlichen Schieberinteressen in Oberschlesien über das Interesse der allgemeinen französischen Volkswirtschaft stellen — mit der nötigen Energie entgegenzutreten. Das treibt die französische Politik von einer nationallistischen Sinnlosigkeit zur andern. Hätte die französische Regierung, nachdem sie den guten Willen der deutschen Regierung zur Erfüllung des Ultimatums erkannt hatte, die Sanktionen, gegen deren ungerechtfertigte Verhängung auch unsere Partei protestiert hat, aufgehoben, so hätte das Kabinett Wirth einen Erfolg zu verzeichnen gehabt, der ihm die Durchführung der finanziellen Leistungen bedeutend erleichtert hätte. Statt dessen scheint der französische Ministerpräsident alles zu tun, um möglichst schnell den Sturz dieser Regierung herbeizuführen. Er scheut sich bei diesem Bestreben nicht, die ärztlichsten staatsmännischen Vorwände zu suchen. Was anderes ist es als lächerliche Einseitigkeit, wenn der französische Ministerpräsident erklärt, er wolle die deutsche Regierung für den bösen Willen der reaktionären Opposition bestrafen. Warum wartet Herr Briand nicht ab, ob es der deutschen Regierung gelingen wird, diesen bösen Willen der Reaktion zu brechen? Es ist bezeichnend, daß es gerade die französische Presse ist, die immer wieder von der Unfähigkeit der Regierung zur Durchführung des Steuerprogramms spricht. Bisher liegt noch kein einwandfreier Beweis dafür vor, und die vorzeitige französische Presse vertritt mit ihren Prophezeiungen nur, daß es ihr daran liegt, der ersten deutschen Regierung, die den ersten Willen zur Verständigung hat, möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten.

Wenn die französische Oeffentlichkeit nicht das Obium auf sich laden will, durch ihre intransigente und unvernünftige Haltung das Kabinett Wirth gestürzt und somit den Weg der Verständigung versperrt, den Wiederaufbau Frankreichs und Europas wiederum auf Jahre hinaus verweilt zu haben, so wird sie bald erkennen lassen müssen, daß sie gewillt ist, durch Taten auch ihren Willen zur Absicht von der Politik der gepanzerten Faust zu erkennen zu geben. An unsere französischen Genossen müssen wir die erste Frage richten, ob sie stillschweigend zusehen wollen, daß durch die Nichtaufhebung der Sanktionen, durch eine das deutsche, wie das oberösterreichische, ja das europäische Wirtschaftsleben gefährdende Lösung des oberösterreichischen Problems neue, unüberwindbare Hindernisse der Völkerverständigung in den Weg geräumt werden. Denn darüber müssen auch die französischen Arbeiter sich klar werden, stützt das Kabinett Wirth über die Frage Oberschlesien oder über die Sanktionen, so ist ein Kabinett des Herrn Helfferich die unvermeidliche Folge. Die Politik der Arbeiterschaft, die zur Verständigung der Völker mahnt, ist dann auf lange Zeit hinaus diskreditiert und vereitelt.

## Der Arbeitermord im Bergbau und der Panamaskandal in Deutschland.

Berlin, 2. Juli.

Die Unglücksfälle im Bergbau haben sich in letzter Zeit so gehäuft, und die Opfer an Menschenleben sind so groß, daß selbst die Gleichgültigsten in Deutschland nun aufgerüttelt werden und auch der Reichstag sich damit beschäftigen mußte. Zwei Interpellationen veranlaßten die Aussprache darüber in der heutigen Sitzung. Die eine war von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie, die andre von der Zentrumsfraktion eingebracht worden. Beide betrafen das große Unglück auf der Zeche Mont Cenis. Der Arbeitsminister Braun und einige seiner Bergräte gaben sich die größte Mühe, nachzuweisen, daß die Behörden, die mit der Ueberwachung der Schutzbestimmungen und Einrichtungen auf jener Grube betraut sind, alles getan hätten, um Unglücksfälle zu verhindern. Im Bergbau seien aber, so meinten die edlen Menschenfreunde, Unglücke nun einmal nicht zu vermeiden. Ihre Reden zielten aber auch, daß die Bureaukratie über die Zustände in den Gruben nicht unterrichtet ist, sonst könnten sie unmöglich die Hauptschuld an dem großen Unglück auf Mont Cenis auf die Arbeiter abwälzen suchen. Es ist die alte Geschichte, die sich auch bei der Explosion auf Mont Cenis wiederholt hat, daß die Sicherheitsvorrichtungen fehlerhaft waren und daß es mit Aufsicht und den Durchführungen der Schutzbestimmungen bedenklich hapert. Mit verdrückendem Beweismaterial in dieser Hinsicht warteten unsere Genossen Pieper und Rosemann, beide selbst Bergleute, auf und der Zentrumsabgeordnete Imbusch mußte sich zu dem Geständnis bequemen, daß die Betriebsräte nur das fünfte Rad am Wagen sind. Er führte auch Beispiele an, wo der Steiger neben der Aufsicht über die Kohlenförderung auch den Schlagwetterdienst mit versehen muß. „Ein solches System“, sagt er, „kann leicht dazu führen, daß der Steiger die Kohlenförderung für wichtiger hält, als die Wetterführung“.

Mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ergab die Aussprache, daß die Verhältnisse auf der Zeche Mont Cenis so waren, daß die Schuld an dem grauenhaften Unglück auf die dort existierenden geschwundenen Verhältnisse zurückzuführen sind, nicht aber auf den verdoelstwidrigen Schuß. Sie brachte aber keine Zulage der Regierung, daß nun den Betriebsräten ein größerer Einfluß eingeräumt wird, damit die geringen Schutzbestimmungen ordentlich intakt sind, und die Bestimmungen auch genau eingehalten werden, noch viel weniger, daß diese Vorschriften und Schutzbestimmungen erweitert werden, damit den sich häufenden großen Unglücksfällen im Bergbetrieb Einhalt getan wird. Es bleibt also dabei, was unsere Genossen mit Nachdruck hervorgehoben haben: Hier hilft nur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft überhaupt.

Im Gegensatz zu dem großen Unglück auf Mont Cenis stand der nächste Punkt der Aussprache, ein neues Milliardenangebot an die Agrarier, das unser Genosse Herz bei dem Kapitel Ernährungsmittel zur Sprache brachte. Bezeichnend ist, daß

sich die bürgerlichen Fraktionen im Ausschuss zu diesem neuen Geschenk von 2,4 Milliarden nicht geäußert haben, und auch heute im Plenum nur einen Kleinbauern vorschickten, der einige wilde Sätze hervorbrachte, die politisch völlig bedeutungslos sind. Bei der Verbilligung des Meißes erhalten die Agrarier das nette Sümmchen von 2,4 Milliarden geschenkt. Herz, der Agrarierknecht, verwahrte sich dagegen, daß Herz nicht von einem Panama spreche. Die Sache selbst konnte er freilich nicht widerlegen, zumal auch der rechtssozialistische Abgeordnete Schmidt aus Cöpenick eine Reihe von Fällen vorbrachte, bei denen Großagrarien bei den Maisziehungen Millionen verdient haben und wo die Kleinbauern die Geschädigten sind; hier mußte er die Tatsachen selbst zugeben. Genosse Herz wies auch mit Nachdruck daraufhin, daß die Maisverteilung nicht einmal durch die Behörden, sondern durch die Landwirtschaftsorganisationen geschieht, die in den Händen der Großagrarien sind.

Wie es nach alledem noch möglich ist, daß Herz es Ernährungsminister bleiben kann, wird vielen ein Rätsel sein. Offenbar hat auch der Reichskanzler Wirth nicht die Macht, diesen Schädling des deutschen Volkes zu beseitigen. Wie steht es aber mit den Rechtssozialisten, wollen sie ihn noch länger an dieser Stelle lassen und sich damit zu Mistkudigen machen?

## Reparaturarbeiten für die Reichseisenbahn in Privatbetrieben.

Vom Deutschen Eisenbahnarbeiterverband, Bezirk Sachsen, wird uns geschrieben: Das Defizit der Reichseisenbahnen wird in der Regel dem Mangel an Material und der geringen Leistung der Eisenbahnarbeiter zur Last gelegt. Insbesondere werden dafür die Werkstättenarbeiter verantwortlich gemacht. Daß das ganz zu Unrecht geschieht, mögen die folgenden Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten, beweisen:

1. In der Fabrik von Lampe u. Co. in Brodowitz bei Coswig werden Lokomotivkessel repariert. Der Kessel der Lokomotive 205 kg ist am 4. 1. 1921 dorthin gegangen, am 2. 5. 1921 in die Werkstatt Dr. Fr. zurückgekommen.

Die Firma Lehto der Eisenbahnverwaltung für die ausgeführten Arbeiten 1670 Stunden an und berechnet dafür 27366 Mk. Das Material dazu wurde von der Werkstatt Dr. Fr. als Halbfabrikat in bearbeitetem Zustande geliefert.

Ein Werkführer der Werkstatt Dr. Fr. mußte sogar die Anzeigerarbeiten ausführen, auf Kosten der Eisenbahnverwaltung.

Werkzeuge wurden ebenfalls von der Eisenbahnverwaltung geliefert. Genau dieselbe Arbeit wurde aber an einem andern Kessel in der Werkstatt Dr. Fr. ausgeführt. Von den Kesselschmiedern und sonstigen Arbeitern wurden daran 500 Stunden gearbeitet und von den Vorgesetzten befristet. Das Werkstättenamt schätzte die Reparatur, um ganz sicher zu gehen, auf 700 Stunden, berechnete mit dem üblichen Unternehmerrückschlag die Arbeit mit 13 020 Mk. Selbstverständlich wurde tadellose Arbeit mit Recht verlangt und auch geliefert.

Bei der Firma Lampe u. Co. wurde diese Arbeit derartig fieberhaft ausgeführt, daß bei der Druckprobe in der Werkstatt Dr. Fr. ein Kesselschmied drei Tage Nieten und Nähte nachzustimmen hatte, denn es regnete in der Feuerbüchse buchstäblich, so lief das Wasser heraus.

Die Kosten für die Nacharbeit trägt natürlich ebenfalls die Eisenbahnverwaltung.

2. Die Firma Lampe u. Co. in Wurzen leiste der Eisenbahnverwaltung für eine Kesselreparatur 4131 Kesselschmiedestunden ein. In der Werkstatt Dr. Fr. wurde dieselbe Arbeit an einem andern Kessel derselben Gattung in 800 Stunden fertiggestellt.

3. Die Firma Busch in Wauken hat am 26. 5. und folgende Tage 10 Zentnerwagen (neu) geliefert.

Nach der Vorchrift werden neugefertigte Wagen in der Werkstatt Dr. Fr. nachgeprüft. Dabei wurde festgestellt, daß die Langträger (U-Eisen) in den Schenkeln einwinkeln. Um die Absgabeln und Lagerböden lotrecht anbringen zu können, wurden die betreffenden Stellen durchgeschliffen, dadurch erhielten die Träger ein wellenförmiges Aussehen und zogen sich krumm. In diesem Zustande sind die Wagen von dem staatlichen Abnahme-Beamten übernommen worden. Die Wagen bilden für die Betriebssicherheit eine ständige Gefahr!

Auf Vorstellung der Betriebsräte hat die Verwaltung erklärt, daß die Firma Busch Schadenersatz zu zahlen habe. Ob sie ihn tatsächlich geleistet hat, ist nicht bekannt geworden. Durch die Nachprüfung wurden aber der Werkstatt zehn Gleise entzogen, welche für Reparaturen ganz notwendig gebraucht wurden und den Ausbesserungsstand ungünstig beeinflussten.

4. Wagen, die in der Werkstatt Dr. Fr. neu lackiert werden sollten, sind der Firma Busch überwiesen worden in einer Zeit, wo es in Dresden hunderte von Arbeitslosen gibt, von denen ein Teil hätte eingestellt werden können.

Die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes und vor allem die Betriebsräte werden auch weiterhin Material sammeln, um die Oeffentlichkeit über die wahren Ursachen der Defizitwirtschaft der Reichseisenbahn entsprechend aufzuklären. Ganz entschieden wenden wir uns auch gegen die Treibereien in der Presse, wegen der an die Eisenbahner gewährten Freiheiten. Diese stellen einen Teil der Entlohnung dar. Sie sind nichts andres, als die in fast allen andern Betrieben oder Unternehmungen den darin beschäftigten Arbeitern gewährte Vergünstigungen. Wo derartige Vereinbarungen nicht bestehen, ist die Bezahlung eine entsprechend höhere. Daß aber die Eisenbahner eine solche entsprechend höhere Bezahlung erhielten, werden die Kritiker gewiss nicht nachweisen können. Die Entlohnung bedarf vielmehr dringend einer Aufbesserung. Auf die wahren Ursachen des Defizits haben wir eingangs hingewiesen, dort muß Remedur geschaffen werden. Das würde im Interesse der Reichseisenbahn und auch der Allgemeinheit liegen.

## Der Brotkorb wird höher gehängt.

Berlin, 2. Juli. (Df.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde gestern die Beratung des Entwurfs einer Verordnung über die Preise für das Umlagegetreide aus der Ernte 1921 vorgenommen und die Verordnung der Regierung neben einer vom Zentrum eingebrachten Entschließung angenommen. Diese Entschließung lautet: „Der Ausschuss stimmt der Verordnung über die Preise des Umlagegetreides aus der Ernte 1921 unter der Voraussetzung zu, daß die Regierung die Verbilligung übernimmt. Maßnahmen zu treffen, daß der fünfjährige Brotpreis bis zur nächsten Ernte den bisherigen Höchstpreis nicht mehr als höchstens um 40 Prozent übersteigt.“

Der Raubzug der Agrarier auf die Taschen des Volkes ist gestoppt! Nach dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat hat sich nunmehr auch der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages damit einverstanden erklärt, daß die Preise für das ablieferungspflichtige Getreide um 50 Prozent erhöht werden. Daran ändert auch nichts, daß der Ausschuss eine Spur mehr soziales Verständnis aufbrachte als die Regierung und auf Antrag des Zentrums, das offenbar keine Arbeiterwähler, die über seinen Umfaß doch Rubin werden könnten, befristigen will, den Brotpreis bloß um 40 Prozent zu erhöhen beifolgt. Den Agrariern geschieht damit nichts zuleide: die Differenz zwischen Brotpreis und Getreidepreis wird von der Reichskasse getragen werden müssen. Also eine neue Liebesgabe an die Agrarier, für die die Steuerzahler werden büßen müssen!

## Wöchnerinnen schuß vor dem Reichstagsauschuss.

Dem sozialen Ausschuss lag ein Gesuch über Wöchnerinnen der Wöchnerinnen und Wöchnerinnen vor. Der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung des Mindestsatzes der Wöchnerinnen (verpflichtete Wöchnerinnen) auf 3 Mk. pro Tag vor. Die Wöchnerinnen und Wöchnerinnen für Familienangehörige verpflichtet sollte dagegen auf 1,50 Mk. stehen bleiben. Das Stillsitzen soll für Verpflichtete mindestens 1,50 Mk. und für Familienangehörige und in der Wöchnerinnen für generell 1,50 Mk. betragen gegen 75 Pfg. bisher. Eine wesentliche Verschlechterung des Regierungsentwurfs ist, daß das Wöchnerinnen nur für die Zeit gezahlt werden soll, in der die Wöchnerinnen nicht gegen Entgelt beschäftigt ist. In einer interfraktionellen Besprechung wurde eine Reihe weitergehender Anträge ausgearbeitet und verlangt, daß bei notwendiger ärztlicher Behandlung während der Schwangerschaft die Kosten erstattet werden sollen. Beim Tode einer Wöchnerin sollen die gesamten Bezüge an den gezahlt werden, der den Unterhalt für das Kind bestreitet. In der Wöchnerinnen für generell soll an Stelle der auf 8000 Mk. Jahreseinkommen festgesetzte Betrag (Minderbemitteltheit) auf 10 000 Mk. festgesetzt werden. Ein Regierungsvertreter lehnte jede weitergehende Verbesserung der Regierungsvorlage ab. Reich und Krankenkassen könnten nicht mehr leisten. Genosse Dr. Moles trat für die Verbesserungsanträge ein. Die ärztliche Behandlung in das Gesetz hineinzubringen, sei zwar schwierig, aber ärztliche Behandlung sei dringend nötig. Der Sinn der Regierungsvorlage lasse das Wöchnerinnen als Ersatz für Lohnausfall gelten. Das sei falsch. Hauptzweck des Wöchnerinnen sei, die Stärkung und Ernährung der Wöchnerin zu sichern. Genossin Kemik erklärte es für besonders dringend, den Schwangeren ärztliche Behandlung zu geben. Was die Frauen der Reichen sich selber leisten können, das müssen wir auch den Frauen der Arbeiter und Armen geben. Der christliche Arbeitersekretär Andree (Zentrum) sprach sich gegen die Bezahlung der ärztlichen Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung sowie gegen die Erhöhung des Wöchnerinnen und Stillsitzendes aus. Für die generelle Gewährung des Wöchnerinnen auf zehn Wochen konnte sich Andree auch nicht erwärmen. Es gäbe Bauerntmägde, die nach zwei oder drei Wochen wieder zu arbeiten imstande seien. Andree wurde oft durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen. Er war nicht einmal im Stande über die bisherigen Bestimmungen über die Wöchnerinnen. Von den Frauen des Ausschusses wurde Andree dann gründlich abgefertigt.

In der Abstimmung erfuhr die Vorlage wesentliche Verbesserungen. Das Wöchnerinnen soll danach auch an arbeitende Wöchnerinnen voll gewährt, die Wöchnerinnen für Verpflichtete auf mindestens 4,50 Mk. festgesetzt und außerdem bei Schwangerschaftsbeschwerden ärztliche Behandlung gewährt werden. Um den beschwerenden Schwierigkeiten zu begegnen, wird diese Bestimmung erst später in Kraft treten. Bis zu dem Zeitpunkt wird die bisherige Beihilfe auf den Kosten für Schwangerschaftsbehandlung auf 50 Mk. erhöht. Die Familienbeihilfe wird auch nach den Beschlüssen des Ausschusses gewährt, wenn das versicherte Mitglied gestorben ist. Bei der Wöchnerinnen wurde die Bedürftigkeitsgrenze auf 10 000 Mk. festgesetzt.

## Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks

Aberwältigende Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit.

London, 2. Juli. Daily Telegraph zufolge sind bei der Abstimmung der Bergleute 832 840 Stimmen für und 103 820 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben worden.

London, 2. Juli. (Reuter.) Wie das Bergarbeiterparlament mitteilt, werden nach Erlaß der Notstandsmaßnahmen über die Kohlenverlorgung alle Beschränkungen in Bezug auf Bewegung, Verteilung und Verbrauch englischer oder eingeführter Kohle mit dem 4. Juli aufgehoben.

## Vom Kongress der kommunistischen Internationale.

Zunmer noch der deutsche Märzputsch.

Wiga, 2. Juli. Auf dem Moskauer Kongress wurde die Debatte über die Märzaktion fortgesetzt, sie nahm einen sehr erregten Verlauf. Malabahn verteidigte die Opposition der B. K. P. D. und erklärte, diese habe nur ihre Pflicht getan. Die Arbeitermassen in Deutschland seien Opfermütig, aber die Führer seien schlecht. Wenn Levi ausgeschlossen würde, müßte auch die Zentrale gehen. Zurufe erklärten ironisch: „Die Zentrale muß hängen“, was mit köstlichem Gelächter begrüßt wurde. Malabahn fuhr fort, daß auch die belgischen Kommunisten sich mit Levi solidarisch erklärt hätten, der durchaus ein tapferer Revolutionär sei. Seine Kritik sei absolut notwendig gewesen, weil die Zentrale verderbliche Theorien aufgestellt habe. Friesland warf der Opposition vor, daß sie samt und sonders aus „Miesmachern“ bestehe, und stellte fest, daß Klara Zetkin und deren Freunde den Inhalt der Levi-Broschüre bereits vor der Drucklegung gekannt und gebilligt hätten. Es seien hier zum ersten Male kommunistische Führer wegen Verrats zur Verantwortung gezogen und der Ausschluss Levis sei zur Festigung der Disziplin notwendig gewesen. Koenen wählte alle Schuld an dem Mißlingen der Märzaktion auf Levi, den er als den Sündenbock hinstellte. Im weiteren Verlauf der Debatte verließen die Vertreter der B. K. P. D. ostentativ den Saal, weil Radek kategorisch die Vereinigung der B. K. P. D. mit der B. K. P. D. forderte. Gegen Schluß der Sitzung bekannte Trotski offenherzig, daß Rußland durchaus kein kommunistisches Paradies sei, sondern daß überall Elend und Hunger herrsche.

## Kommunistenverfolgungen in Belgrad.

Unsere Vorauslage, daß das Attentat auf den serbischen Prinzregenten zum Vorwand für politische Verfolgungen gemacht werden würde, scheint sich pünktlich zu erfüllen. Die Dena meldet unterm 2. Juli aus Belgrad:

Dem Vertreter der Dena wird von antilicher Seite mitgeteilt: Die Unterbindung des Attentates gegen den Prinzregenten Alexander ist weiter geführt worden und hat inzwischen unerwartete und überraschende Ergebnisse erzielt. In der gestrigen Abendigung der Konstituante stellte der Justizminister den Antrag auf Auslieferung der Kommunistenführer Filipowitsch und der Stupskina mitglieder Romatschewitsch und Tschowitsch. Dem Antrag wurde von der Konstituante stattgegeben. Die Belgrader Presse verurteilt einstimmig das Attentat und verlangt energische Maßnahmen gegen die Kommunisten.

## Jugoslawien muß Fünfkirchen räumen.

Budapest, 3. Juli. Nationalparlament. In Beantwortung einer Interpellation verlas der Minister des Inneren Graf Banffy eine Note des italienischen Botschafters in Budapest an die ungarische Regierung, worin es heißt, daß die Botschaftskonferenz mit der Baranagefrage befaßt und beschlossen habe, die jugoslawische Regierung nachdrücklich zu ermahnen, daß sie nach Inkraftsetzung des Friedens von Trianon das gesamte ungarische Gebiet räumen müsse. Ueberhaupt müßten die Bestimmungen des Friedens von Trianon unverzüglich zur Ausführung gebracht werden.

(Baranya nennt man das Fünfkirchner Land, das augenblicklich von den Jugoslawen besetzt, aber im Friedensvertrag Ungarn ausgelassen ist. D. Red.)

# Versuche zur Rettung Oesterreichs.

Wien, 1. Juli. Der österreichische Nationalrat erteilte der Regierung die angeforderte Ermächtigung zu Kreditoperationen im Höchstbetrage von zwei Milliarden zur Anlage einer einmonatigen Creditreserve und nahm in zweiter Lesung ein viermonatiges Budgetprovisorium an, durch das der Regierung für diese Zeit die Ermächtigung zu weiteren Kreditoperationen im Höchstbetrage von 20 Milliarden erteilt wird. Finanzminister Grimm entwickelte einen eingehenden Finanzplan, in dem er auch die Kreditaktion des Völkerbundes und die damit zusammenhängenden inneren Maßnahmen zum Abbau des Defizits erörterte. Der Minister kündigte eine wesentliche Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf alkoholische Getränke, eine starke Steigerung der Zuckersteuer, die mögliche Monopolisierung der Mineralprodukte und Einführung einer Warenumschlagsteuer an. Auch eine laufende Vermögensabgabe habe die Regierung in ihr Finanzprogramm aufgenommen. Der Minister verwies schließlich darauf, daß im Einvernehmen mit den Delegierten des Völkerbundes die Grundzüge für die Errichtung eines neuen Noteninstituts festgelegt worden sind; doch sei über das Verhältnis, das dem künftigen Währungswechsel zugrunde gelegt werden soll, jetzt überhaupt noch nichts abgemacht. Die Völkerbunddelegierten hätten nicht nur die Sanierung des Staatshaushalts ins Auge gefaßt, sondern wollten auch die Heilung der Volkswirtschaft selbst einleiten und hätten daher die Fiskalreform an die Spitze ihres Programms gestellt. Wenn dem Völkerbunde das große Werk der Stabilisierung der Währung gelinge, dann habe er in Wahrheit das Land gerettet und ihm eine glückliche Zukunft verhört. Oesterreich werde seinerseits alles aufwenden, um dieses Werk der Sanierung der Währung zu fördern.

## Niemand will ihn haben!

Genf, 4. Juli. Der Erzösterreich Karl hat sich gewünscht gesehen, um eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz nachzusuchen, da sowohl England als auch Spanien ihm die Einreise verweigert haben. Es sind jetzt mit Griechenland Verhandlungen im Gange. Man glaubt aber nicht, daß Griechenland dem Erzösterreich die Einreise nach Griechenland gestatten wird.

## Bevorstehende Auflösung der belgischen Kammer.

Brüssel, 30. Juni. (T.-L.) Die belgische Regierung hat beschlossen, die Kammer endgültig im Oktober dieses Jahres aufzulösen. Die Sozialisten werden auf ihr Wahlprogramm u. a. sehen: Dienstzeit von 6 Monaten, staatliche Betriebe für Gas und Elektrizität, Nationalisierung der Eisenbahnen und eine Steuer auf das Kapital.

## Das deutsch-chinesische Abkommen ratifiziert.

Peking, 29. Juni. Ein Regierungserlaß ratifiziert das deutsch-chinesische Abkommen und ermächtigt das chinesische Ministerium des Auswärtigen, mit der deutschen Regierung die Ratifikationsurkunden auszutauschen.

## Gegen Japans Vordringen im fernen Osten.

Einem Moskauer Funkpruch zufolge hat die Regierung der Republik des Fernen Ostens dem Vertreter der Vereinigten Staaten eine Note überreicht, worin gegen das Vorgehen Japans im östlichen Küstengebiet Protest erhoben wird. Die Note erludt die amerikanische Regierung, gemeinsam mit der britischen, Japan zur Räumung des russischen Gebietes zu bewegen.

## Deutschland.

### Fünf Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Die Strafkammer in Stade verurteilte den Redakteur Baum von der Postzeitung wegen Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert zu 5 Monaten Gefängnis. Das Blatt hatte in einer Reihe von Artikeln den Reichspräsidenten und seine Angehörigen in gehässiger Weise beschimpft. Unter anderem hatte das Blatt behauptet, der Reichspräsident habe sich zur Zeit der großen Lebensmittelnot amtliche Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln verschreiben lassen und, während die Bevölkerung darbt, üppig gelebt. Die von dem Angeklagten versuchte Beweisführung ist vollständig mißlungen.

Trotz ihrer heißen Liebe zur Republik konnten sich bisher die Richter der deutschen Republik nicht entschließen, die unsittlichen Beleidigungen der monarchistischen Käseblättchen gegen das Oberhaupt der Republik anders als mit leichten Geldstrafen zu sühnen. Nur einmal wurde Gefängnisstrafe verhängt — und da handelte es sich um einen Kommunisten! Um so mehr muß das Urteil gegen den bürgerlichen Redakteur Baum überraschen. Hat er es irgendwie mit seinen Richtern verstanden oder sind in Stade — Ausnahmerrichter tätig?

### Ein Attentat auf den Balkumerhäuptling Vermont?

Berlin, 4. Juli. Auf den Führer der ehemaligen russischen freiwilligen Wehrarmee, General Awoloff Vermont, wurde in Berlin-Schöneberg ein Gewehrschuß abgegeben. Der russische General befand sich in einer Zeit zur Wiederherstellung seiner Gesundheit hier in einem Sanatorium. Das Attentat erfolgte, als der General im Zuge der Stadtbahn saß. Verletzt wurde niemand.

## Der sechste Kriegsverbrecherprozeß

### Vierter Tag.

In der Zeugenvernehmung wird fortgefahren. Als erster Zeuge wird Dr. Wenger aus Dornach vernommen, der Stabsarzt im Regiment 112 war. Am 26. August entspann sich seiner Schilderung nach ein mörderisches Gefecht. Zwei französische Verwundete hatten ihn, sie nicht erschießen zu lassen. Er beruhigte sie, sie ständen doch unter dem Schutz des Roten Kreuzes. General Stenger forderte ihn dann später auf, dafür zu sorgen, daß alle Verwundeten zurückgeschafft würden, da die Brigade zurückgehen müsse. Als er zum Verhandlungsplatz zurück kam, schritten die beiden französischen Verwundeten. Ein Unteroffizier sagte ihm, Hauptmann Crusius habe sie erschießen lassen! Am andern Morgen habe Crusius sich bei ihm krank gemeldet. Er entschuldigte sich vor den Vorwürfen des Arztes damit, er hätte einen Nervenlapp gehabt, weil er seine ganze Kompanie verloren habe. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß er einen Befehl gegeben habe, alle Verwundeten zu erschießen, sagte Crusius: „Wer sagt das?“ Crusius behauptet, den Zeugen gar nicht zu kennen. Er wäre gar nicht auf dem Verhandlungsplatz gewesen. Der Zeuge erklärt ganz energisch, daß er die Wahrheit sage, er habe ein vorzügliches Gedächtnis. — Auf Frage des Oberstaatsanwalts behauptet Crusius wieder, er kenne den Zeugen überhaupt nicht. Neubauer und Stenger erklären, daß Dr. Wenger sich sehr verändert habe und Crusius ihn vielleicht deshalb nicht erkenne. — Auf einen Befehl des General Stenger hat sich Crusius dem Arzt gegenüber nicht berufen.

Der Verteidiger stellt den Antrag auf Ladung eines Zeugen, der beschwören will, daß französische Verwundete ausgelagt haben, sie hätten laut Befehl auf deutsche Stöße geschossen.

Dr. Döhner behauptet, Dr. Wenger habe ihn in der Schlacht bei Saarbürg in Stich gelassen, weil er zu weit hinter der Front sich mit seinem Sanitätskorps aufhielt. Es hätte deshalb erregte Auseinandersetzungen gegeben. An der Glaubwürdigkeit Wengers zweifelt er aber nicht.

Dr. Wenger erklärt noch, daß er den Eindruck hatte, daß Crusius tatsächlich einen starken Nervenlapp erlitten habe, der seine Zurechnungsfähigkeit herabsetzte.

### Gutachten eines ärztlichen Sachverständigen.

Prof. Anton-Halle hat Crusius im November 1916 behandelt. Damals sagte Crusius aus, daß die Strapazen im August 1914 und die Tatsache, daß er Gefangene erschießen lassen mußte, seinen geistigen Zusammenbruch verursacht hätten. — Sein Zustand war mitunter deprimiert, mitunter von gesteigerter hemmungsloser Tätigkeit. Sein Hirn zeigt insofern eine Anomalie, als eine bestimmte Dosis von Wichtigkeit doppelt so groß als normal ist.

Trotzdem Frontoffiziere gebraucht wurden und Crusius immer wieder zur Front wollte, wurde ein Gutachten auf Verwendung nur zur Truppenausbildung abgegeben. Crusius litt an zirkulärer Neurose, die Intelligenz und Urteilskraft nicht herabsetzte, ihn aber den Eindrücken an der Front nicht gewachsen sein ließ. Er unterlag sehr rasch den Wirkungen des Alkohols. Da in den Tagen des August oft Wein die Nahrung und das Wasser ersetzen mußte, läßt sich erwarten, daß neben den Strapazen der Alkohol zu seinem Zusammenbruch beitrug. Am 26. August bestand bestimmt der Zustand einer geistigen Störung, die Urteilskraft und freie Urteilsurteilung ausschloß. Es war ein krankhafter seelischer Ausnahmezustand.

Bei diesem Ausnahmezustande läßt sich vermuten, daß Crusius nicht befähigt war, den Befehl richtig aufzufassen, zumal er nach Aussage eines Zeugen nicht mehr imstande war, die Kompanie richtig zu leiten.

Präsident: War denn die freie Willensbestimmung schon vorhanden, als nachmittags 2 Uhr Crusius vor Ausbruch des Gefechtes den Befehl gab?

Prof. Anton: Dieser Zustand ist nicht auf einmal eingetreten, sondern hat sich nach und nach vorbereitet. Es ist nicht die Psychose eines Epileptikers, bei der der Zustand rasch und plötzlich eintritt.

Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß auch der Major Müller den Befehl genau wie Crusius ausgefaßt hat.

Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt.

Der Zeuge Braun weiß von einem Befehl und von Erschießen nichts. — Der Zeuge Brenneise soll nach Angaben der französischen Anklageschrift in sein Notizbuch den Befehl eingetragen haben. Er bestritt dies. Er war seit 24. August im Lazarett und weiß von einem solchen Befehl nichts.

Der Zeuge Kaupp war Unteroffizier; er schildert, wie in der Schlacht bei Saarbürg eine Kapelle gestürmt wurde, aus der erst gerufen wurde: „Nix schick, eigene Trupp“ und nachher Salvenfeuer gegeben wurde. „Was mit den Leuten geschah, kann sich jeder denken“, sagt der Zeuge triumphierend. Am 21. Aug. wurde der Befehl durch die Schützenlinie gegeben. Ein Verwundeter, der noch schloß, wurde erschossen.

In der Schlacht am 26. August, als er dem Hauptmann eine Meldung machen wollte, sagten ihm die Kameraden, der Hauptmann sei nach hinten verdüstert.

Aus der Nähe des Stabes wurde ihnen der Befehl als „Brigadebefehl“ zugerufen, aber von der Mannschaft wurde er nur mit Widerwillen weitergegeben. Er hat seinen Leuten gesagt, wenn sie von einem Verwundeten nicht beschossen würden, sollten sie ihn leben lassen, er hätte auch Angehörige zu Hause.

Oberleutnant Wintermantel bestätigt, daß Major Müller am 26. August den Brigadebefehl mittelste, es werde kein Pardon gegeben. Er hat gesehen, daß ein Verwundeter, den er erst vernommen hatte, in Ausführung dieses Befehls erschossen wurde. Er hat es für eine militärische Notwendigkeit gehalten, die durch die Kriegslage geboten war. Der Befehl sei von der Mannschaft freiwillig aufgenommen worden, weil mit einer furchtbaren Erbitterung getämpft wurde. Später ist ihm von verschiedenen Offizieren berichtet worden, ein solcher Brigadebefehl sei nie gegeben worden.

Aus der protokolllarischen Aussage eines nicht erschienenen Zeugen wird verlesen, daß Major Müller und Feldwebel Hechsch mehrere Verwundete erschossen haben sollten. Von einem Befehl ist dem Betreffenden nichts bekannt gewesen.

Hersch bezieht aber darauf, niemand erschossen zu haben. Der aufs neue vorgerufene Zeuge Schmerber bestätigt wieder, daß er 20—30 Gefangene am 21. August hat erschießen sehen!

Als das Publikum über diese Behauptung lacht, fragt der Präsident: was es da zu lachen gäbe, wäre das nicht sehr traurig, es sei doch von verschiedenen Zeugen behauptet worden.

Aber, der auf Befehl von Crusius und Müller einen Verwundeten erschloß, behauptet Schmerber gegenüber, es sei unwahr, daß Crusius jemand erschossen habe. Auch der Zeuge Schreiber unterstützt ihn dabei. Trotzdem bleibt Schmerber mit vollem Nachdruck bei seinen Angaben stehen.

Dr. DeLuge, Bataillonsstab beim 3. Bataillon, hat am 21. August gesehen, wie ein Unteroffizier einen französischen Verwundeten mit zwei Schüssen tötete. Als er ihn fragte, was der Verwundete getan habe, sagte ihm der Unteroffizier: „Nichts. Es ist Brigadebefehl!“ — Leutnant Petersohn habe ihm später auf seine Frage erwidert: „Ach lassen Sie doch den Brigadebefehl, der wird ja nicht befolgt.“ Petersohn, der ihm gegenüber gestellt wird, bestritt diese Äußerungen. Auf dem Dienstwege hat Dr. DeLuge keine Nachricht von einem solchen Brigadebefehl erhalten.

Dr. Müller aus Wilshausen wurde beim Vorgehen am 21. August von einem Verwundeten um Wasser gebeten. Beim Weitergehen hörte er einen Schuß und sah, wie ein Unteroffizier den Verwundeten in die Schläfen schloß. Es wurde ihm gesagt, das sei Brigadebefehl.

Zeuge Mominil war Sanitätsfeldwebel. Es ist ihm nichts bekannt, daß Crusius Verwundete erschießen ließ. Er hat nur davon reden hören. Der von Dr. Wenger erzählte Vorfall ist ihm unbekannt.

Dr. Simonsohn-Beipzig behauptet, daß ein Teil seiner mit ihm am 26. Oktober 1914 gefangenen Kameraden abgeführt wurden, um auf Befehl des Generals Joffre erschossen zu werden, weil deutsche Truppen auch Gefangene erschossen haben. Das sei aber nicht wahr. Er hat das Erschießen aber nicht selbst mit angesehen.

Zeuge Enders, Handlungsgehilfe in Blauen, kennzeichnet sich dadurch, daß er pathetisch beginnt, wenn er seine Erlebnisse niederschreiben würde, müßte die Ueberschrift lauten: „Französische Schandtaten“. Er wird vom Präsidenten sofort zur Sache gerufen. Im September 1915 will er als Verwundeter von französischen Soldaten, die alles niederschossen, auch einen Kopfschuß erhalten haben. Er schlussfolgert daraus, daß auch andre Vermisste niedergeschossen wurden.

Seine Räuberthaten werden dem Vorsitzenden doch zu bunt, als er sogar Zeitungsaufschlag aus Schweizer Wäldern zitiieren will. Er erzählt noch eine Geschichte von den Rettopers, die gar nicht zur Sache gehört und wird dann schnell entlassen.

Der Lehrer Lüderich wurde 1917 gefangen genommen und erzählt entrüstet, wie er ausgeplündert wurde und wie deutsche Gefangene angeblich von den Engländern in einen Sumpf getrieben wurden.

Auch der Zeuge Wüste, der wie die beiden vorhergehenden Zeugen von der Verteilung geladen ist, erzählt von den Greuelen der Rettopers im Jahre 1915, die deutsche im Graben liegende Verwundete tot schlugen, wobei ein französischer Offizier zu sah.

Zeuge Brech bestätigt, daß Crusius am 26. August den Befehl gegeben hat. Er hat zwei- bis dreimal gesehen, wie Major Müller Verwundete erschießen ließ. Er hat früher etwas zu Protokoll gegeben, von dem er jetzt erklärt, daß er es nur von andern gehört hat.

Präsident: Aha, daher der Name Zeugenausagen! Als der Verteidiger in einer Auseinandersetzung mit dem Präsidenten ausführt, er könne es verstehen, wenn die Leute in ihrer Wut alles niederschlagen, erhebt sich im Zuschauerraum, in dem ansehnend eine Anzahl nationaler Studenten sitzen, Gefächeltrompeten! Diese Sorte Publikum hat für jede Rohheit Verständnis — nur nicht für nationale Würde.

Oberst Helfrich war beim Divisionsstab und hat nachprüfen lassen, ob ein so ungeheurer Befehl gegeben worden sei. Das ist verneint worden. Er ist bezeugenderweise der Meinung, daß eine Truppe in einem schweren Gefecht die Annahme von Gefangenen ablehnen kann! Sie könne sich sonst so schwächen, daß sie in Gefahr kommt, zu unterliegen. Der Befehl, keinen Pardon zu geben, kann also in bestimmten Tagen gerechtfertigt sein! Sind Unbesonnenheit, wie sie der Befehl darstellt, worüber dem Brigadebefehl nicht zuzutragen. — In diesen Tagen haben die Franzosen nachweislich Dumdumgeschosse verwendet. — Auf Frage des Verteidigers erwidert der Zeuge, daß Crusius den General hätte fragen sollen: „Darf ich Euch Erschießen ganz gegeramigt bitten, ich habe doch wohl recht verstanden?“ — Er hätte also trotz allen Gehorsams submissiv protestieren sollen! — Bei der Erregung, in der man sich aber infolge der vielen schweren Kampfhandlungen befand, sei es auch begründlich, wenn jemand ohne sich Gedanken zu machen, einfach den Befehl befolgte. — Die Gefahr, die Verwundete im Rücken der Truppe bilden, kann man beseitigen, wenn man ihre Waffen oder sie selbst sammelt. Am 26. August aber war es notwendig, überhaupt keine Gefangenen zu machen!

Oberleutnant Nowak war bei einer Sanitätskolonne. Er erzählt Kampfscenen, bei dem französische Verwundete auf Deutsche geschossen haben. Sie spielten sich aber auf ganz andern Schauplätzen ab und er hat sie auch nicht selbst mit angesehen. Er scheint das Reichsgericht für eine Volksverunglimpfung anzusehen, in der er statt sachliche Angaben zu machen, patriotische Reden halten kann. Auf eine Ermahnung des Präsidenten hin fährt er fort: „Ich halte es für notwendig“, wird aber vom Reichsanwalt unterbrochen: „Es kommt darauf an, was wir für notwendig halten!“ — Zu seiner Verblüffung verzieht das Gericht auf die Mitteilung der weiteren Kenntnisse des weißbehandelnden, monatelangemühten Kriegers und läßt ihn abtreten.

Zeuge Ernst hörte am 21. August das Kommando Major Müllers: „Die Leute werden erschossen!“ Es wurden auch verschiedene niedergeschossen. — Ein Feldwebel habe gesagt, wenn er sieht, daß jemand einen erschießt, dann könne sich der auf etwas gefaßt machen.

Der ehemalige Kurste von Crusius sagt aus, daß dieser nur ganz selten einmal betrunken war. Am 21. August wurden einige verwundete Franzosen erschossen. Am 26. befahl Crusius, daß keine Gefangenen gemacht werden sollten. Im Walde hatte die Kompanie furchtbare Verluste. Verwundete Franzosen hat der Zeuge da nicht gesehen. — Bei der Befehlsausgabe war Crusius nicht aufgeregt. Erst im Gefechte kam der geistige Zusammenbruch, infolgedessen Crusius fortließ.

Zeuge Pflugbeil sagt aus, daß im September 1916 ein französischer Offizier im Unterland dreimal auf ihn schoß und ihn zwang, im Liegen Ehrenbeugung zu machen. Er schoß auch auf andre drei Verwundete, die mit im Unterland lagen. Am andern Morgen wurden die Leute wieder von den Deutschen entsetzt. Der Verteidiger will dadurch nachweisen, daß es bei der französischen Armee langjährige Übung war, Verwundete zu erschließen. Er beantragt, einen dementsprechenden französischen Befehl zu verlesen. Aus diesem geht hervor, daß den Rettopers befohlen war, hinter ihrem Rücken nichts Lebendes zurückzulassen.

Der Zeuge Durrer erzählt, wie bei Saarbürg ein Haus, aus dem Verwundete meuchlings auf deutsche Truppen schossen, durch zwei Geschosse zusammengefallen wurde. Am 26. August fand er mit seiner Stabskompanie im Walde an der Straße nach Saarf Barbis einen deutschen Soldaten mit einem Seitengewehr tot an einem Baum angehängt. Ein verwundeter französischer Alpenjäger, der im Felde lag, schoß auf sie. Sie wurden auch noch weiter beschossen. Auf dem Rückwege hatten sie durch solche Schüsse von Verwundeten noch einen Toten. Als sie mit einem Offizier zum zweitenmal den Weg machten, wurden sie wieder beschossen.

Auch ein weiterer Zeuge bestätigt, daß Leute von französischen Verwundeten erschossen wurden.

Dieser Zeuge, der Kompaniefeldwebel Eidaßen der 4. Kompanie, sucht die Glaubwürdigkeit des Zeugen Kleinhaus herabzusetzen, er habe nie den betreffenden Befehl vorgelesen. Kleinhaus hielt ihm aber vor, daß er das doch getan hat und ihn sogar wegen seines Protestes vor ein Kriegsgericht bringen wollte. Dieses Aussage hat er schon einmal gemacht.

Eidaßen leugnet das entschieden, trotzdem Kleinhaus in glaubwürdigster Weise Einzelheiten schildert, die E. nicht bestreiten kann.

Nach Vernehmung des Arztes Dr. Döhner wird die Verhandlung auf Montag vertagt.

## Von Nah und Fern.

Das Ende eines „Schönen“ Festes. TU. Berlin, 4. Juli. Die Wilmersdorfer Schönenfestes begina am Sonntag im Seebad Wilmersdorf die Feier ihres Schönenfestes, für die drei Tage vorgelesen waren (D. Reb.). Als in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Feier völlig im Gange war, drangen etwa dreihundert Mitglieder der Mitgänger, einer Gesellschaft von Schwerverbrechern, in den Saal. Sie bedrohten die Festgäste mit vorgehaltenem Revolver, mit Eisen- und Brechtstangen mit Totschlägern und anderen Waffen. Es entstand eine wilde Schlägerei. Den anwesenden Personen wurden ihre Schmuckstücke, Perlen, Handtäschchen, Bantnotenständer usw. geraubt. Drei Festgäste wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht; zwei weitere konnten nach Anlegung von Rotverwänden auf der Rettungswache in ihre Wohnungen entlassen werden. Eine große Anzahl der Tanzenden erlitten leichte Verwundungen. Die drei Haupttäter wurden von der Schutzpolizei verhaftet, die anderen 27 bis 30 entlassen. Mehrere Verbrecher wurden ebenfalls zum Teil schwer verletzt, aber von ihren Genossen bei der Flucht mitgenommen. Sandaranatenattentat in Barcelona. Barcelona, 1. Juli. Nach einer Havasmeldung explodierten gestern Abend im Zentrum von Barcelona vier Sandaranaten, wodurch etwa zehn Personen verwundet wurden. Es wird vermutet, daß die Sandaranaten aus einem Automobil geschleubert wurden.

Großes Brandunglück in Glasgow. Paris, 4. Juli. Nach einer Havasmeldung wurde durch einen Brand im kaufmännischen Zentrum Glasgows ein großer Häuserblock zerstört. Zwei Feuerwehrlöcher wurden getötet. Der Schaden wird auf 250000 Pfund Sterling geschätzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig. Verantwortlich für den Inzeratenteil: Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipzig, Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Das Ausfarbemittel für alle farbigen Schuhe in „Friedensqualität 1921“ wieder in Drogen-, Leder- und Schuhgeschäften zu haben. Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



# Unser Inventur-Ausverkauf hat heute begonnen.

# Konsum-Verein

Leipzig-Plagwitz

## U.S.P.O. Gross-Leipzig

**Böhlig-Ehrenberg.** Dienstag, den 5. Juli, abds. 7 1/2 Uhr. **Frauenabend** in der Großen Eiche, Eingang vom Garten. 1. Vortrag der Genossin Kühn. 2. Aussprache. 3. Verabschiedenes. Kein Trinkwang. Zahlr. Besuch erwartet. D. V.

**Leutzsch.** Morgen Dienstag, den 5. Juli, abds. 7 1/2 Uhr. findet im Restaur. Vater Jahn, Lindenauer Straße, eine **Zusammenkunft aller Frauen und Mädchen**, welche der U.S.P. angehören, statt. Genossin Plotke hält einen Vortrag über: Die Befreiung der Frau. Erhöhen aller ermüdet. Gäste, durch Genossinnen eingeführt, willkommen.

Mittwoch, den 6. Juli, **Diskussionsabend** im Vater Jahn. Funktionäre sind dazu eingeladen. Kinder über 10 Jahre, welche zum Volks- und Kinderfest am 24. Juli einen Reigen mit aufzuführen wollen, können sich noch beim Genossen Schöne, Lindenauer Str. 44 melden. Der Vorstand.

## Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)

Sonabend, den 9. Juli

## Nachtausflug nach Hainichen mit Musikbegleitung.

Treffen abends 7 Uhr am Schützenhaus, Selterhausen. Punkt 7 1/2 Uhr Abfahrt mit einer Anzahl Extrawagen der Elektrischen Straßenbahn bis zur Endstation Leutzsch. Abmarsch von der Endstation 8 Uhr.

Eintehr in Hainichen im Gasthof zum Sächsischen Haus. **Dahelbst Tanz und gemütliches Beisammensein.** Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein. D. V.

Die **Kinder-Spielmittage** finden von jetzt ab wieder **Mittwochs**, von 4 bis 6 Uhr auf der Tunnelwiese, bei ungünstiger Witterung in der 12. Volksschule, Heintichstraße, statt.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

## Mitgliederversammlung Freitag, den 8. Juli 1921.

abends 7 Uhr, im großen Saale des Volkshauses. Tagesordnung: 1. Vortrag: Wirtschaftliche, Steuer- und Wiedererwerbsfragen. Redner: Genosse Plotke. 2. Freie Aussprache. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Die Mitgliedsbücher sind am Saaleingang vorzuzeigen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Telephon 2487 **Zahlstelle Leipzig** Telephon 2487  
Bureau: Werberstr. 11, Hotel Victoria, Zimmer 10-18 und 23-24.  
Geschäftszeit: Sonntag 10-12 und 4-6 Uhr, Sonnabends durchgehend von 1-3 Uhr. Zimmer 24 von 3-6 Uhr, Sonnabends von 1-3 Uhr. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte macht es sich notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

## Berammlung der Betriebsräte und Obleute

der bisher unter dem Reichsarbeiter-Verbanden Betriebe am Dienstag, den 5. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Volkshaus, Nebensaal, rechts. Tagesordnung: Stellungnahme zur Ferienfrage. - Betriebsräte und Betriebsobleute haben bis Dienstag in allen Betrieben mit ihren Arbeitgebern wegen Gewährung von Ferien Rücksprache zu nehmen und das Ergebnis in der Berammlung bekannt zu geben. - Kollegen, die Unternehmer wollen uns diese winzige Erzungenschaft der Revolution streitig machen, jeder Betrieb muß deshalb vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

## Unter Herstellungspreis

zu Mk. 120.- franko gegen Nachnahme diese 5 Rein-Aluminium-Kochtöpfe.

Kein Risiko. Umtausch jederzeit. Metallwaren-Manufaktur G. m. b. H. Hothausen bei Plettenberg Nr. 57.

## Makulatur

hat abzugeben Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges. Verlag der Leipziger Volkszeitung Tauchaer Straße 19/21. - Fernsprecher 4596.

## Leipziger Bücher-Ramsch-Salle

Burgstraße 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof. Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendbüchlein. Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufwang. 1. Verkauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Wer wenig Kohlen will verstochen  
Muß mit Persil die Wäsche kochen!



Kohlensparend, da nur einmaliges vierstündiges Kochen. Billiges Waschen, da kein weiterer Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erforderlich.

## PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel! Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Für die Reisezeit empfehlen wir:

Gaeblers Automobil- und Radfahrer-Spezialkarten:	
Chemnitz, Erzgebirge und Borsdorf	6.00 Mk.
Dresden, Oberlausitz und Nordböhmen	8.00 "
Halle und Leipzig	6.00 "
Leipzig, 120 Kilometer nach Süden	6.00 "
Thüringen, Kassel, Erfurt, Koburg, Fulda	6.00 "
Gaeblers neue Spezialkarte der Reichshauptmannschaft Leipzig	1.50 "
Gaeblers neueste Touristenkarte für Leipzig u. Umg.	1.35 "
Spezialkarte von Sachsen, gefaltet, in Decke	1.50 "
gefaltet, roh	1.00 "
Wegkarte vom Thüringer und Frankenwald	4.50 "
Harzklub-Wandkarte in Neubrand.	4.50 "
Führer durch die Dübener Heide mit Karte	3.00 "
Grafs Karte des Böhmisches Mittelgebirges, der Sächsischen Schweiz und des Mittel- u. Erzgebirges	3.00 "
Sennig, Sonntagspaziergänge in Leipzig's weiterem Umgebungs, alle 3 Teile zusammen	6.00 "
Jeder Teil einzeln	3.00 "
Neuester Plan der Stadt Leipzig mit Straßenverzeichnis.	1.50 "
Wahrscheinlichste Weg mit Lokal-Fahrplan für Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen i. V., Zittau	3.50 "
Sommer-Ausgabe 1921	3.50 "
Der "Kleine" Storm, Kursbuch für Nord-, Ost- und Mitteldeutschland	6.00 "
Sommer-Ausgabe 1921	6.00 "

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

## Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung :: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

**Tapeten** Rolle 1.- Meter 53  
Borde prima Du.-Mtr. 35  
Wahstuch Du.-Mtr. 35  
Eisenstr. 54, Ecke Adenerstr.  
Kein Laden!

**Gas-u. Elektr.**  
Beleuchtungskörper,  
Kronen, Lampen etc. löst.  
im Ausstellungsalon weiter  
billig abgegeben werden.

Reichsstr. 15.

## Familien-Nachrichten

Statt Karten.  
**Dorle Hertel  
Otto Taraba**  
größen als Verlobte  
L. Anger, Selterhills,  
Straße 3, den 3. Juli  
zur Zeit Bad Harzburg

## Gegen Würmer

hat sich **Wurmfeind** als  
Radikalmittel für Erw. und  
Kinder vorzüglich bewährt.  
Nur echt **König Salomo-**  
Apothek, Leipzig.

**Offene Beine**  
Unterschenkel-Ge-  
schwüre, Krampfad-  
er, Flechten, Hautläse  
usw. behandelt nach  
Dr. Straßls Method.  
M. Reichart  
Zeilerstraße 7  
Tel. 9580, Sprechz.  
9-12, 2-6, So. 9-12.

## Familien-Nachrichten

Allen Bekannten zur Nachricht, daß am Sonntag, dem 3. Juli 1921, vormittags, im Krankenhaus meine liebe Gattin, unsere gute Mutter  
**Emilie Rehme geb. Christian**  
plötzlich durch Herzschlag von ihrem langen Leiden erlöst worden ist.  
Leipzig, Neubritz, Rabat 14.  
**Hermann Rehme und Kinder.**  
Beisetzung Mittwoch, den 6. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, Südfriedhof.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gestern abend 7 1/2 Uhr verschied nach schweren Leiden mein lieber guter Mann, unser herzensguter treuerorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwiegerjohn, Schwager und Vetter, Herr

## Paul Petzold

Filialleiter des K. V. L. Plagwitz i. N. nach seinem vollendeten 68. Lebensjahre. L. Plagwitz, Schadowstr. 6d, 2. Juli 1921. In tiefstem Schmerz zeigt dies an  
**Elsa Petzold geb. Taubert**  
nebst allen Angehörigen.

Die Einäscherung findet Dienstag, 5. Juli, vorm. 11 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Nach längerem schwerem Leiden verschied am Freitag, dem 1. Juli, unser Lagerhalter, Herr

## Paul Petzold

Der Verstorbene trat im Jahre 1865 in die Genossenschaft ein. Während seiner langjährigen Tätigkeit hat er stets das Interesse des Vereins im Auge gehabt und das in ihm gelebte Vertrauen zu rechtfertigen gewußt. Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

L. Plagwitz, den 4. Juli 1921.  
Die Gesamtverwaltung und das Personal des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H.

Ein edles, treues Herz hat aufschört zu schlagen!

Nach jahrelangem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, erlöst am 2. Juli, nachmittags 1/4 Uhr, ein sanfter Tod meinen innigstgeliebten, herzensguten Gatten, unsern treubestorgenden, guten Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, Herrn

## Emil Mengewein.

Dies zeigt allen lieben Verwandten und Bekannten hierdurch an. In stiller Trauer  
L. Plagwitz, den 3. Juli 1921

Pauline verm. Mengewein geb. Gammert,  
Richard Zimmermann und Frau Elm geb. Mengewein,  
Ernst Meißner und Frau Gertrud geb. Mengewein,  
Martha Mengewein u. Karl Korinet, Rudolf Mengewein.  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. Juli, vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Am 1. 7. verschied durch Unglücksfall in seinem Beruf im Schlachthof mein lieber Mann, unser lieber Papp, Sohn, Schwiegerjohn, Schwager und Bruder, der Schlosser

## Willi Herrmann

In tiefstem Schmerz zeigt dies nur hierdurch an  
**Frieda Herrmann geb. Meiner u. Kinder**  
L. Connewitz, Bornalsche Str. 38/40  
**Otto Herrmann, Fleischerstr., als Vater.**  
Beerdigung Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Connewitzer Friedhof.

Am 1. Juli starb durch Unglücksfall unser Bekannter, der Genosse

## Willi Herrmann.

Seine aufopfernde Tätigkeit für unsere Sache läßt ihm ein dauerndes Gedenden.  
Die Genossinnen und Genossen des Ortsvereins L.-Connewitz der U.S.P.D.  
Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. Juli, nachm. 3 Uhr, auf dem Connewitzer Friedhof statt. Alle Teilnehmer treffen sich 1/2 3 Uhr an der Ecke der Meusdorfer- und Zwenauer Straße.

**Danksagung.**

Zurückgeführt vom Grabe meiner lieben Frau, unsern guten Mutter, Frau **Therese Drechsler**, sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank meinen Arbeitskollegen der Firma Maier u. Weichelt, den Mitgliedern des Gartenvereins Immergrün, den Arbeitskolleginnen der Firma Mittel u. Krüger sowie sämtlichen Danabewohnern und Herrn Dr. Rippenberger.  
L. Plagwitz, den 22. 1., den 4. Juli 1921.  
**Franz Drechsler**  
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein L.-Leipzig. Mittwoch, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Mittelsaal, Funktionärversammlung. Wichtige Tagesordnung. Vorher um 1/7 Uhr, Vorstandssitzung.

Ortsverein L.-Ost. Die Kinderspiele finden vom 6. Juli ab wieder Mittwochs von 4 bis 6 Uhr statt. Die Kinder vom Reudnitz und Fingert treffen sich 1/4 Uhr am Plage der Drei Mühren zum gemeinsamen Gange nach der Tunnelwiese.

Vollmaradorf. Die Parteigenossen werden ersucht, heute und morgen die Flugblätter von der Ratalienburg abzuholen.

Reuhfisch. Dienstag, abends 1/8 Uhr, Frauenabend im Vater Jahn. Vortrag der Genossin Blothe. Mittwochabend Funktionär-Sitzung.

Ortsverein L.-Connewitz. Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich an der Beerdigung unseres durch Unglücksfall am 1. Juli gestorbenen Genossen Willi Hermann beteiligen wollen, treffen sich Dienstag, den 5. Juli, nachmittags 1/3 Uhr, an der Ecke Reudnitz und Zwenkauer Straße. Die Genossinnen vom Diskussionsabend treffen sich heute Montag, um 7 Uhr, an der Betranenhalle zum Nachtausflug, bei Regenwetter Diskussionsabend.

Wodau. Wir spielen jetzt nicht mehr Mittwochs, sondern Montag um 5 Uhr, in der Kastanienallee. Das Einüben des Reigens erfolgt am Mittwoch auf der Spielwiese in den Paradiesgärten. Freitags wie immer, Neben der Tanzspiele zum Sommerfest. Die Spielleiterinnen des Ortsvereins und die Soz. Prolet.-Jugend.

Waiskomitee. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Hotel Viktoria.

Der Arme Konrad. Die Mitwirkenden an der Massenaufführung zum Gewerkschaftsfest kommen Donnerstag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, im Pantheon, Dresdner Straße, zusammen.

Arbeitsausschuh der U.S.P.-Metallarbeiter aller Bezirke und Branden. Dienstag, 5. Juli, abends 1/7 Uhr (nicht 1/6 Uhr), Sitzung im Speisesaal der Volkszeitung. Alle müssen kommen.

U.S.P.-Ellernräte von Stötteritz. Mittwoch, den 6. Juli, abends 7 Uhr, Besprechung in der Bibliothek.

Gruppenrat 11, Dienstag, 5. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus.

Gruppenräte 1 bis 14, Mittwoch, 6. Juli, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus (Gartenaal). Alle ausscheidenden und neugewählten Gruppenratsmitglieder müssen zugegen sein. Grüne Ausweisarte und Verbandsbuch legitimiert.

Vollzugorator. Mittwoch, 6. Juli, abends 1/6 Uhr, Sitzung im Volkshaus (Gartenaal).

Metallindustrie. Betriebsräte und Obmänner der Untergruppen 1, 2 und 4. Versammlung im Volkshaus.

Hölz und die Kommunisten.

Am Sonntagvormittag fand im Zentraltheater eine öffentliche Versammlung der K.P.D. und der R.P.D. statt, in der zum Projekt Hölz Stellung genommen wurde. Als Referent war Justizrat Dr. Broh, einer der Verteidiger Max Hölz, erschienen. Die Versammlung war natürlich überfüllt. Es war ein sehr gemischtes Publikum vorhanden, das sich aus Bürgerlichen, Sozialisten, K.P.D. und R.P.D.-Leuten zusammensetzte. Vom Bureau aus wurde die Barole ausgegeben, gegen anwesende Spitzel und sonstige verdächtige Personen „klägliches Vorzugehen“.

Was Dr. Broh über Hölz und seinen Projekt sagte, war ziemlich belanglos. Er beschränkte sich darauf, Hölz über Liebknecht und andere Revolutionäre zu stellen, seinen Idealismus und seine revolutionäre Tatkraft zu feiern, sowie die Zwischenfälle in der Hauptverhandlung darzulegen, in denen sich Hölz mit dem Gerichtshof, mit den Zeugen und dem Publikum auseinandergesetzt hatte. Das alles hatte man aber schon vorher in der Presse lesen können.

Bemerkenswert war, was der Redner über die Taktik der Kommunisten und den Märzputsch ausführte. Der Referent ist durch mehrere Parteien gegangen; zuletzt war er in der K.P.D. Doch auch der hat er, wie er mittelste, den Rücken gekehrt, und er befindet sich jetzt bei den revolutionären Betriebsräten. Den Putsch der Kommunisten in Mitteldeutschland verurteilte er, wobei er die kommunistische Methode verhöhnte, durch Aufrufe und Leitartikel in Zeitungen die „revolutionäre Bewegung“ herbeizuführen und sie zu steigern. Der Sieg des Proletariats werde erst kommen, wenn die arbeitende Bevölkerung in großen Massen aufstehe. Zwar werde auch dann eine Minderheit kämpfen, aber die Mehrheit werde erkennen, daß der Kampf auch in ihrem Interesse geführt werde. Eine solche Bewegung reife auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt heran. Bekanntlich ist das auch der Standpunkt der U.S.P. Sie wird aber gewöhnlich von den kommunistischen Schreibern des Verrats beschuldigt, wenn sie auf Grund dieser Auffassung ablehnen, sich an Versuchen zu beteiligen, die nachträglich auch von den glühendsten Revolutionären als verfehlt bezeichnet werden müssen. Wer die Aktion in Mitteldeutschland verurteilt, mußte auch das Vorgehen des Hölz als unrichtig bezeichnen. Doch zu dieser Logik konnte sich der Redner nicht aufschwingen. Die ganze Aktion war von vornherein verpöndelt, aber was Hölz getan hat, muß verherlicht werden. Das ist der Standpunkt des Herrn Dr. Broh. Er tadelt auch die Haltung der 3. Internationale, die „einerseits und andererseits“ zum Falle Hölz Stellung genommen habe. Dr. Broh unterzog dann noch das ja merkwürdige Benehmen Brandlers vor den Richtern einer scharfen Kritik. Schließlich teilte er mit, daß gegen ihn ein Verfahren vor der Anwaltskammer schwebt, wobei er betonte, daß es nicht seine Absicht sei, in der Versammlung zum Widerstand gegen die Gehele aufzufordern.

Die Debatte war wenig erbaulich. Der eine rief nach sofortiger 6-tägiger Bergelung; der andre forderte auf, aus den „gegenrevolutionären“ Gewerkschaften auszutreten. Besonders stark kam der Haß gegen die Leipziger Volkszeitung zum Ausdruck. Nicht die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Stinnesblätter, sind der Feind, sondern die Leipziger Volkszeitung ist das Blatt, gegen das die Kommunisten den schärfsten Kampf führen. Da können die Kapitalisten schmunzeln. Eine solche Hilfe lassen sie sich gern gefallen. Und das sind die „revolutionären Aktionen“ der Kommunisten.

Man hätte gestern gar zu gern aus der erregten Versammlung, die sich in einer wahren Vogromstimmung befand, ein Tribunal gegen die Leipziger Volkszeitung gemacht. Der Vorsitzende gab sich alle Mühe, sie vor den hohen Rat der Kommunisten zu bringen. Würden ihre Vertreter nicht sprechen, so würde man, wie der Versammlungsleiter sagte, alles, was sie am andern Tage schreiben würden, als Schwindel bezeichnen. Die reichlich naiven Herrschaften kamen aber um das schuldhaft erwartete Schauspiel. Noch sind wir nicht soweit, daß irgendein Kommunist zu beschließen hat, wann und wo die Vertreter der Leipziger Volkszeitung zu reden haben. Darüber bestimmen wir und nicht die Kommunisten. Wir müssen wiederum feststellen, daß dieselben Leute, die ständig nach der Einheitsfront rufen, die immer von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Reaktion sprechen alles tun, um das, was noch an proletarischen Organisationen und Kampfmethoden vorhanden ist, zu zertrümmern.

Tuberkuloseunterricht in den Schulen.

Die Tuberkulose ist eine Proletarierkrankheit und sie hat als solche ihre Ursache in den heutigen Verhältnissen. Darum wird erst in einer neuen Ordnung des Lebens, deren Zweck und Ziel das Wohl der Gemeinschaft ist, die Tuberkulose einmal keine Bedeutung mehr haben und der beste Kampf gegen die Tuberkulose ist darum der Kampf für die sozialistische Gemeinschaftsordnung. Aber da die Tuberkulose nun heute in der furchtbaren Weise wütet, wie es der Fall ist, so haben wir die Pflicht, auch mit allen nur möglichen Gegenwehrmitteln gegen sie anzugehen. Und eins dieser Mittel ist der Tuberkuloseunterricht in den Schulen, wie er in zwei Nummern des Tuberkulosefürsorge-Blattes gefordert wird.

In Hannover, Dresden und Stettin hat man mit dem Tuberkuloseunterricht bereits gute Erfahrungen gemacht, und diese Erfahrungen veranlassen Brauning in Tuberkulosefürsorge-Blatt Nr. 1 (1921) zu der Anregung, daß Vorträge über Tuberkulose überall gehalten werden müßten. Fünf bis sechs Vorträge genügt. Als Vortragende kommen in erster Linie Fürsorgeärzte und Kreisärzte in Betracht, sowie auch besonders interessierte Lehrer. In den 3 bis 4 oberen Klassen aller Schulen ist jährlich einmal eine „Tuberkulosewoche“ unter Vorführung des Tuberkulosefilms einzuführen. Im Anschluß an den Tuberkuloseunterricht sind Merkblätter zu verteilen. Ueber das Gehörte haben die Schüler Aufsätze zu schreiben.

Im Gegensatz zu dieser Anregung wünscht Lorenz im Tuberkulosefürsorge-Blatt Nr. 2 die Tuberkulosebelehrungen in rege Wechselbeziehungen zu bringen nicht allein mit den Naturwissenschaften, sondern sie sind auch mit den ethischen Fächern in fruchtbare Verbindung zu setzen. In allen Lehrplänen müssen die Tuberkulosebelehrungen hiernach in einen festen Ideenverbund gestellt werden. Der Tuberkuloseunterricht muß die Erziehung zur ethischen Tat zum beherrschenden Lebensprinzip erheben. Gehört uns die Schule im Kampfe gegen die Tuberkulose, so wird auch diese Krankheit viel von ihrem Schrecken verlieren.

Da ungezählte Fälle von Tuberkulose leider durch nichts als durch Unwissenheit erworben werden, so ist die Bedeutung eines derartigen Unterrichts nicht zu leugnen. Und wenn er auch keine durchgreifende Wirkung ausüben dürfte, so schafft er doch auch auf sein Teil Besserung und darum sollten diese Anregungen nicht ungehört bleiben, zumal derartige Maßnahmen ohne besondere Kosten möglich sind.

Ein Rekord der „Gemeinnützigkeit“.

Die Ortsgruppe Leipzig des Mieter Schuhverbandes Leipzig ersucht uns, der Deffentlichkeit nachfolgende Angaben zu unterbreiten:

Daß die Baugenossenschaften bei der Höhe der Mieten an der Spitze marschieren, ist leider eine bekannte Tatsache. Die Vöhhnger Baugenossenschaft aber, die sich eine „gemeinnützige“ nennt, stellt jedenfalls einen Rekord auf in Mieteumwärel. Selbst der raffigierste Hausgärtner muß vor dem „gemeinnützigen Treiben dieser Gesellschaft ehrfurchtsvoll zurücktreten. Im Jahre 1920 hatte die „Gemeinnützige Baugenossenschaft in Löhning“ ihre Mieter um etwa 35 Proz. gesteigert. Vom 1. Januar 1921 an forderte sie etwa 70 Proz. Das angerufene Miteineigungsamt (manche Leute lagen Mieteigerungsamt) lehnte die Höhe der Miete mit 63 Proz. Zuschlag auf den Friedenspreis fest und betonte in dem Urteil, daß „63 Proz. der Friedensmieten nach billigem Ermessen erforderlich und ausreichend seien, um die Lebensfähigkeit der Gesellschaft zu sichern. Jedenfalls muß die Gesellschaft versuchen, damit auszukommen“. Dieser Versuch dauerte etwa acht Wochen, da kam die Gesellschaft mit einer neuen, 120prozentigen Mieteerhöhung. Zwar kamen in dem von der Gesellschaft Ende März aufgestellten Vorschlag nur 100 Proz. heraus, aber die Verwaltung hatte bis zum Termin am 27. Mai ihren Vorschlag „revidiert“, es kamen richtig 120 Proz. heraus. Die Rechnung stimmt jetzt. Das Miteineigungsamt unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Steiner und unter Mitwirkung von zwei harmlosen Besitzern gestand der Gesellschaft eine Erhöhung um 100 Proz. der Friedensmiete zu, „damit (wie es in dem Urteil heißt) die erforderlichen Ausgaben bestritten werden können, und somit deren Lebensfähigkeit gesichert erscheint“. Diese 100prozentige Erhöhung soll am 1. Juli in Kraft treten, aber bereits am 27. Juni beschloß die Verwaltung der Gesellschaft die Freundschaft und sandte ihren mehr als 1100 Mietern folgenden Schreiben:

An unsere Mieter! Die unterzeichnete Gemeinnützige Baugenossenschaft teilt ihren Mietern hierdurch mit, daß sie sich bei dem Urteile des Miteineigungsamtes vom 27. Mai d. J. nicht beruhigen kann. Die geforderten 120 Proz. Zuschlag waren, wie sich herausstellt, schon zu niedrig bemessen.

Wir sehen uns daher veranlaßt, mit Rücksicht auf den uns durch die Entscheidung des Miteineigungsamtes treffenden Ausfall, den Mietzins vom 1. Oktober 1921 an um 150 Prozent des Friedensmiete zu erhöhen. Eine Angabe, wie sich künftig Ihr Mietzins gestalten wird, geht Ihnen später zu.

Wir bitten um Ihre Einverständnis-Erklärung. Hochachtungsvoll Gemeinnützige Baugenossenschaft.

Also die Gesellschaft kann sich bei 100 Proz. Mieterhöhung nicht beruhigen, glaubt aber, daß es die Mieter bei 150 Proz. um so besser tun. Glaubt das die Verwaltung wirklich? Denkt die Verwaltung der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft“, daß die Mieter eine solche unerhörte Provoktion ruhig hinnehmen, noch dazu von einer Verwaltung, die unfähig ist, auch nur einigermaßen so zu arbeiten, wie jeder anständige Hausbesitzer? Die Gesellschaft, die auf billigem Grund und Boden gebaut hat und mit den Arbeitergroßen der Landesversicherung (für die sie ganze 3 Proz. Hypothekenzinsen zahlt), ist unter der heutigen Verwaltung nicht fähig, ihre Mieten so zu halten, wie es im Durchschnitt ortsüblich ist. Hier muß etwas nicht stimmen!

Die Stadtverwaltung aber, an die auf Grund des Erbbaurechtes die Häuser in späteren Jahren übergehen, sollte einmal energisch in das Geschäftsgeschehen der „Gemeinnützigen Baugenossenschaft“ hineinleuchten, ehe es zu spät ist, und durch eine unfähige Verwaltung die ganze Anlage zugrunde gewirtschaftet ist. Die Allgemeinheit hätte dann den Schaden.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 6. Juli, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird u. a. beraten über die Rückäußerung des Rates auf die Anträge wegen der Neugestaltung des Leipziger Volksschulwesens, über die Ratsvorlage über Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise, über die Rückäußerung des Rates wegen der Straßenbahnwaggonarten, Anrechtstarten usw., über eine Eingabe wegen der Straßenbahnwaggonarten, über die Rückäußerung des Rates wegen der Entlohnung eines Teiles der Straßenbahnarbeiter, über eine Eingabe wegen der Aufwandsentschädigung an Besitzer des Einigungsamtes und Gewerbegerichts, über Umwandlung der Geschäftsstelle „Städtischer Wohnungsbau“ in die „Städtische Baugenossenschaft m. b. H.“, über Instandsetzung der Zentralheizungsanlagen in den Schulen, über die teilweise Ueberlassung des Schulplatzes zum Bau einer Mehlsäule, über die Errichtung einer selbständigen Berufsberatungsstelle.

Ein Redakteur, der kein Redakteur sein will. Der Kommunist Ellrodte zeichnet als verantwortlicher Redakteur den Kuren Kurier. Sein Name scheint aber durch ein Versehen in das Kommunistenblatt gekommen zu sein, denn Ellrodte befreit, daß er irgendwelche Redakteurtätigkeit ausübe. Zu der Zuschrift eines Arbeitslosen schreibt er uns:

„Die in der Notiz der Leipziger Volkszeitung vom 2. Juli 1921 unter der Ueberschrift: „Ein jonderbares Mitglied des Leipziger Erwerbslosenrates“ über meine Person enthaltenen Verächtigungen beruhen auf Unwahrheit. Es ist nicht wahr, daß ich am Kuren Kurier irgendwelche Redakteurtätigkeit ausübe. Es ist demzufolge auch nicht wahr, daß ich vom Kuren Kurier auch nur einen Wemig Gehalt beziehe. — Wahr ist, daß ich seit 2. Februar 1920 erwerbslos bin, vom 23. Juli 1920 bis 30. April 1921 vom Erwerbslosenrat gegen eine neben der Erwerbslosenunterstützung laufende Aufwandsentschädigung auf die Ermittlungsstelle des Arbeitsamts zur Ueberwachung der Durchführung der Demobilisierungsbestimmungen delegiert war und seitdem wieder voll erwerbslos bin. Was meine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter mit irgendwelcher Erwerbstätigkeit zu tun haben soll, ist mir unverständlich.“

Richard Ellrodte.

Frachtermäßigung für Milch. Die Eisenbahn-Generaldirektion schreibt uns: Durch die auf Verbilligung der Volksnahrungsmittel gerichteten Maßnahmen der Reichseisenbahnverwaltung wird u. a. auch die Milch begünstigt. Am 1. Juli 1921 wird im Bereiche der Reichseisenbahnen, preussisch-hessisches, sächsisches, pfälzisches, mecklenburgisches und oldenburgisches Reg., ein Ausnahmetermin für die regelmäßige Beförderung von Milch eingeführt. Der neue Ausnahmetermin behält für diese Beförderungsart der Milch einschließlich der Milchbeförderung der leeren Gefäße bereits bestehende vereinfachte Abfertigung unter Stundung der Fracht bis zum Monatschluß im allgemeinen bei, gewährt aber gegenüber der regelrechten Fracht und auch gegenüber der bisherigen Frachtberechnungsart eine ganz bedeutende Ermäßigung. Es ist zu wünschen, daß die von der Eisenbahn trotz ihrer ungünstigen Finanzlage gewährte Vergünstigung auch wirklich den Verbrauchern zugute kommt.

Die Folgen der Verwahrlosung der Häuser. Man schreibt uns: Wie leicht man durch große Nachlässigkeit mancher Hausbesitzer Schaden erleiden kann, davon zeugt folgender Vorfall, den ich am Sonnabend in der Sebastian-Bach-Straße 30 beobachten konnte. Dort war bei einer Reparatur, die am Fußboden der über dem Torweg befindlichen Küche ausgeführt werden sollte, durch einen ansehend seltenen Griff des damit beschäftigten Arbeiters der Zwischenboden mit Füllung und Dede in die Hausflur gestürzt, so daß man sich von unten bequem in die Küche begeben konnte. Schaden haben anscheinend weder Arbeiter noch Bewohner erlitten, was immer als Glück bezeichnete, da durch die im Hof befindliche Kohlenhandlung oft reger Verkehr in der Hausflur ist. An herabgefallenen Holzstückchen konnte ich feststellen, daß es an der Zeit war, dort eine Reparatur vornehmen zu lassen. Erst müssen die Mieter in Gefahr sein, und dann kommt der Herr Hausbesitzer und läßt nachsehen, und meistens läßt er es auch mit dem Nachsehen genug sein. Wie schnell kommen die Herren mit Mietsteigerungen, doch ihre Pflichten erfüllen sie nicht. Vielleicht betrachtet unsere Baupolizei das ganze Gebäude etwas näher.

Musserkäufel. Der Konfektionär schreibt in seiner Nummer vom 26. Juni: „Die zahlreichen Steuervorlagen, wie Mietesteuer, Erhöhung der Kohlen-, Gas-, Elektrizitätspreise, die dreifache Umsatzsteuer, die Verteuerung der Frachten, Eisenbahnfahrten, des Brotpreises usw., die nur als Beispiel aus dem Steuerbüchlein herausgegriffen sind, haben dem Publikum die Erkenntnis gebracht, daß mit einer großen Teuerung für den Winter zu rechnen ist und deshalb wird gekauft, was der Geldbeutel nur vertragen kann.“

Wer in der Lage ist, seinen Bedarf jetzt zu bedenken, der sollte das in den Verkaufsstellen des Konsumvereins tun, in denen jetzt auch die Inventurausverkäufe stattfinden.

Zur Notlage der Arbeitsinvaliden schreibt man uns: Die Renten schwanken bei uns monatlich zwischen 6 Mk. bis 140 Mk., je nach den Umständen und den geleisteten Beiträgen. In der Zwölftauer Gegend unter den Berginvaliden gibt es Leute, die mit monatlich 46 bis 65 Mk. auskommen müssen, während die Witwen dann natürlich die Hälfte der Rente erhält. Diese Rente erhalten aber bloß solche, die selbst erwerbsunfähig sind. Vielen bleibt nichts weiter übrig, als ihr sauer erworbenes Hab und Gut zu Schmeldepreisen zu verkaufen, bloß um ihr Leben notdürftig zu fristen. Hier in Leipzig sieht es nicht anders aus, denn das merkt man fast alle Tage, wenn die Mitglieder des Verbandes der Arbeitsinvaliden um Auskunft und Beistand ersuchen. Was man da über Glend und Not hört, ist grauenschauend. Ein alter Invalide hat monatlich 86 Mk. Invalidenrente mit Zulage und wöchentlich 40 Mk. vom Fürsorgeamt. Er muß 180 Mk. Miete bezahlen. Mann und Frau können nicht mehr arbeiten und sind auf die paar Mark Unterstützung angewiesen. Leib-, Bettwäsch, Betten und Sachen sind nicht mehr vorhanden. Alles hat verkauft werden müssen. Diese beiden Leute denken sich nichts mit alten Sachen zu, die sie am Tage anhaben. Jedes hat bloß ein Hemd, die Schuhe sind zerrissen und es sind bloß noch die notdürftigsten Möbelstücke vorhanden. Das ist das Leben und Treiben eines Invaliden der Arbeit. Diese Leute können sich nicht einmal die notwendigsten Lebensmittel kaufen, Feuerung und Fleisch sind Luxus.

Keine Sonntagsarbeiten in Kaffeehauskonditoreien. Die Arbeit in gewerblichen Bäckereien und Konditoreien ist durch die Verordnung vom 23. November 1918 verboten. Dies gilt für alle Arbeiten und Vorarbeiten in Gast- und Schankwirtschaften, Speisekellern aller Art, Warenhäusern, Mühlen und andern gewerblichen Betrieben zur Herstellung von Bäck- und Konditorwaren. Nach einem neuen Schreiben des Reichsarbeitsministers sind als Gast- und Schankwirtschaftsgerwerb im allgemeinen die Gewerbe anzusehen, die nach § 33 der Gewerbeordnung dazu gehören. Es gilt dies auch dann, wenn eine Konzessionspflicht nicht besteht. Hierzu rechnet auch der Ausdank von Kaffeehaus. Das Verbot gilt also auch für die sogenannten Kaffeehauskonditoreien.

Verkauf an der Freibank. Freibank Nr. 6916-9415; Freibank II 6291-7210 und 1-580.

Pollzeinrichten.

Kinder als Diebe. Am Nachmittage des 30. v. M. wurden hier drei 13jährige Schulknaben aus Berlin aufgegriffen, von denen der eine eine größere Geldsumme bei sich hatte. Wie sich später herausstellte, hatte dieser das Geld am Nachmittage vorher im Kontor einer Berliner Firma, wo er während der Nachmittagsstunden als Laufknecht beschäftigt war, gestohlen. Am nächsten Morgen war er denn mit seinen beiden Schulknaben, die von dem Diebstahl wußten, nach Leipzig gefahren. Von hier wollten die drei weiter nach Witten und in die dortigen Wälder. Nach ihrer Ausweisung zu urteilen, scheint Abenteuerlust der Beweggrund zu ihrer Handlung gewesen zu sein. Sie wurden in Gewahrsam genommen und werden nun unter starker Bewachung auf schnellstem Wege die Heimreise antreten müssen. Von dem gestohlenen Gelde konnte der größte Teil gerettet werden.

Sittlichkeitsdelikte ohne Ende! Vor einigen Tagen hat sich ein unbekannter jüngerer Mann auf einer Promenadenbank am Rabensteinplatz zwei jungen Mädchen gegenüber in der schamlosesten Weise benommen und ist dann nach der inneren Stadt zu geflüchtet. Leider hat der unfittliche Patron trotz Verfolgung, die einige Passanten unternahmen, nicht ergriffen werden können. Er wird beschrieen: 25-30 Jahre alt, ungefähr 1,55 Meter groß, dunkelhaarig, kurzgestrichelten Schnurrbart. Bekleidet war er mit hellgrauem Anzug, graugrünem, weidern Hut, Stiefeln; er trug Klemmer. Ferner hat ein junger Bursche vor einigen Tagen in der Hausflur eines Grundstückes in der Dresdner Straße in L.-Reudnitz versucht, an einem 12jährigen Schulmädchen,



Besonders stürmischer Zustimmung Wehner-Barmen, ...  
 Die Arbeitgemeinschaftspolitik fand teils Verwerfung, ...  
 Auch am zweiten Diskussionsstage trugen die Debatten wesent-  
 lich den von der Parteifarbe bestimmten Charakter. ...  
 Der vom Reichsarbeitsministerium eingesehete Schlichtungs-  
 ausschuss zur Schlichtung der Differenzen wegen des beschlagnahmten  
 zwanzigprozentigen Lohnabbaues fällt folgenden Spruch:

## Gewerkschaftsbewegung.

Angestellte und Bankkapital.  
 Wir berichteten schon von der Kalkülpolitik des Bank-  
 kapital, das verfuhr, das Reichsarbeitsministerium durch st-  
 rike Eingaben zu den kommenden Auseinandersetzungen im  
 Gewerbe zu beeinflussen.  
 Die Veröffentlichung dieser Tatsachen ist den Bankleuten sehr  
 unangenehm gewesen und der — „Dieb“ wird eifrig gesucht.  
 Inzwischen ist ein weiteres wertvolles Dokument für die  
 Öffentlichkeit „gestohlen“ worden, und zwar handelt es sich um  
 das Protokoll des Reichsverbandes der Bankleitungen, der am  
 3. Juni in der Disconto-Gesellschaft tagte.  
 Darin wird mit erfreulicher Deutlichkeit mitgeteilt, „der  
 Standpunkt des Reichsarbeitsministeriums sei durch zwei in den  
 letzten Tagen geführte eingehende Unterredungen mit maßgebenden  
 Persönlichkeiten des Ministeriums geklärt worden.“ Da scheinen  
 ja nette Intimitäten zwischen den Behörden und dem Bankkapital zu  
 bestehen. — Das Reichsarbeitsministerium, heißt es weiter, will  
 nur höchst ungern den Schiedsspruch verbindlich erklären und ver-  
 sucht, die Verhandlungen hinauszuschieben. „Das Reichsarbeits-  
 ministerium habe geglaubt“, wird mitgeteilt, „bei dem nächsten  
 Schiedsspruch ohne jede Erhöhung der Bezüge auskommen zu  
 können und lediglich einen Ausgleich für die den Verheirateten  
 infolge der Steigerung der Mieten usw. erwachsenden Mehraus-  
 gaben durch eine kleine Erhöhung der Verheirateten- und Kinder-  
 zulage zu schaffen beabsichtigt.“ Die Bankmagnaten saßen Be-  
 schlüsse, wonach ihre Stellung zum Schiedsspruch eine völlig ab-  
 lehrende sei, bei der zu beharren ist, und daß sie „in die Verhand-  
 lungen mit völlig absehnendem Standpunkt hineingehen“. Sie  
 traten weiter für eine Herabsetzung der Mindestjahresentlohnung  
 ein und einigten sich in der Ablehnung jeder überörtlichen Gestat-  
 tion, obwohl die „guten Erträge des Jahres 1920“ festgestellt  
 wurden.  
 Hoffentlich lassen sich die Finanzmänner diese wichtige Mi-  
 teilung nicht entgehen.  
 Es wird festgestellt, daß leider die „Zeit für tariflose Regelun-  
 gen noch nicht wiedergekommen scheint“.  
 Man einigte sich auch „bei etwa neu beglaubenden Verhand-  
 lungen über eine verbindliche Erklärung festzuhalten und gegen  
 eine vom Reichsarbeitsministerium etwa ausgesprochene Verbind-  
 lichkeitserklärung mit allen gesetzlichen Mitteln, insbesondere ge-  
 richtlicher Feststellungserzwingung vorzugehen.“  
 Diese mitgeteilten Tatsachen zeigen auf Sturm im Bank-  
 gewerbe. Den noch indifferenten Bankangehörigen wird hier  
 drastisch vor Augen geführt, was sie von den Unternehmern und  
 von der Regierung zu erwarten haben. Nur durch geschlossenes  
 Handeln, frei von allen harmoniebesüßigen Hemmungen, werden  
 sie instande sein, dem Bankkapital mit Erfolg entgegenzutreten.  
 Es liegt an den Angestellten, die unerbittliche Lehre aus diesen  
 Tatsachen zu ziehen und zu — handeln.

### Kein Lohnabbau in Mansfeld, aber Steigerung der Arbeitsleistung.

Der vom Reichsarbeitsministerium eingesehete Schlichtungs-  
 ausschuss zur Schlichtung der Differenzen wegen des beschlagnahmten  
 zwanzigprozentigen Lohnabbaues fällt folgenden Spruch:  
 „Die Schichtlöhne bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.  
 In Berücksichtigung einer Herabminderung der Arbeitsleistung,  
 die nach dem Gutachten der Sachverständigen 7 Prozent beträgt,  
 ist die Gewerkschaft berechtigt, die von den Bedingungsarbeitern  
 verdienten Löhne soweit herabzusetzen, daß bei einer um 7 Prozent

gegenüber April 1921 festgesetzten Leistung die gleichen Löhne ver-  
 dient werden, wie im April 1921.“  
 Ferner werden die Parteien angehalten, die zur Aufrecht-  
 erhaltung des Betriebes nötige Sonntags- und Feiertagsarbeit  
 zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung zu vereinbaren. Solche  
 Arbeiten müssen mit 25 Prozent Aufschlag vergütet werden. Dann  
 soll noch geprüft werden, in welcher Weise es möglich ist, die jetzt  
 unter Tage durchschnittlich 4 1/2 bis 5 1/2 Stunden betragende pro-  
 duktive Arbeitszeit zu erhöhen.  
 Die Berliner Gewerkschaftskommission  
 beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Not der Erwerbs-  
 losen. Nach einem Referat des Gen. Grasmann wurde eine  
 Resolution einstimmig angenommen, in der es eingangs heißt,  
 daß die Arbeitslosigkeit nur durch die Überwindung des kapi-  
 talistischen Systems und Einführung der Gemeinwirtschaft be-  
 seitigt werden kann und dann fortgeschritten wird:  
 „Als einen Weg zu einer wenigstens teilweisen und vorläu-  
 figen Regelung der Arbeitslosenfrage sehen die Delegierten der  
 Berliner Gewerkschaftskommission die vom ADGB aufgestellten  
 10 Punkte vom 26. Februar 1921 an.  
 Mit allen gewerkschaftlichen Mitteln muß die Erfüllung der  
 10 Punkte erreicht werden.“

### Bezirksbergarbeiter in der Tschschow-Stowatei.

Durch einen Regierungserlass sind, wie das Int. Arbeitsamt  
 mitteilt, folgende Grundlagen zu Satzungen für die Bezirksberg-  
 arbeiter festgelegt worden.  
 Die Bergarbeiter haben den Zweck, den Betriebsleitungen  
 Direktiven zu geben, Zwistigkeiten zwischen dem Betriebsrat und  
 der Betriebsleitung zu schlichten, Gutachten abzugeben, wenn dies  
 nötig ist, Vorschläge für die Regelung der Arbeit zu unterbreiten,  
 beim Abschluß von kollektiven Arbeits- und Lohnverträgen mit-  
 zuwirken und die Durchführung dieser Verträge zu überwachen,  
 den Bergarbeitern des Bezirks Arbeit zu verschaffen, bei der Preis-  
 festsetzung und Verteilung der Kohlen mitzuwirken, für die Er-  
 nennung von Mitgliedern zum Kohlenrat und zu den Kohlen-  
 kommissionen Vorschläge zu machen, die Verwendung der Reing-  
 gewinne zu Zwecken der allgemeinen Wohlfahrt für die Be-  
 schäftigten festzusetzen, die Zusammenberufung der Vorstehenden  
 aller Betriebsräte des Bezirks zu gemeinsamen Sitzungen zu ver-  
 anlassen, und alljährlich der Bezirksbehörde einen Bericht über  
 die Tätigkeit des Bezirksrats zu unterbreiten. Der beim Bezirks-  
 rat eingesehete Angestelltenrat beschäftigt sich mit den von den  
 Angestellten erhobenen Beschwerden, nimmt teil an der Verwal-  
 tung der Wohlfahrtsvereine für Angestellte, wirkt beim Ab-  
 schluß von kollektiven Arbeitsverträgen für Angestellte mit und  
 unterbreitet alljährlich seinen Tätigkeitsbericht seinem Bezirksrat.

### Briefkasten.

P. F. 95. In dieser Angelegenheit muß Ihnen das hiesige  
 Amt für die Besorgung des Bestandes leisten. Wenden Sie sich an das Amt.  
 H. S., Kleinschöcher. Wenn der Ehemann die Ehezeit  
 des Kindes nicht innerhalb der gesetzlichen Frist angefordert  
 hat, handelt es sich um vollbürtige Geschwister, im andern Falle  
 um halbblütige Geschwister. 1 Mt. Parteikasse.

**Arbeiter!** — werdt neue —  
**Volkszeitungsleser.**

## Ämtliche Bekanntmachungen.

**1000 Mark Belohnung.**  
 In der Zeit zwischen dem 27. und 30. p. M.  
 sind vom Vorkriegsstand des Grundbuchs in der Wind-  
 mühlenstraße in L. Connwitz:  
 1 fast neuer graugrüner Sommerportafelot  
 ohne Futter, mit der Firmenbezeichnung  
 „Junge, Schillerstraße“ im Innern;  
 1 dunkelgrüne Herren-Sportbrille mit der  
 Firma „Decht, Leipzig“, sowie

2 längliche silberne Kleiderbürsten, davon 1  
 mit Griff,  
 gestohlen worden.  
 Auf Ermittlung des Täters sind vom Be-  
 stohlenen 1000 Mark Belohnung ausgesetzt wor-  
 den, deren Verteilung durch das unterzeichnete  
 Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges er-  
 folgen soll.  
 Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens  
 an die Kriminalabteilung an Kr.-R. XIII. 1500/21  
 erbeten.  
 Leipzig, den 2. Juli 1921.  
 Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

**Konkurs-Verkauf**  
**Bayerische Straße 2, im Hof!**  
 Die zur Konkursmasse „Genossenschaft für Haus-  
 und Küchengeräte“ gehörigen Warenbestände wer-  
 den täglich von 9-1 und 3-7 Uhr Bayerische  
 Straße 2 im Hof im Einzelverkauf sowie in  
 größeren Posten gegen Barzahlung abgeben.  
 Um möglichst schnell zu räumen, werden auf die  
 von Sachverständigen billigt abtaxierten Preise  
 noch 10 bis 20 Prozent extra vergütet.  
 Rechtsanwalt W. Schneider, Konkursverwalter.  
 Sperrung des Leibnizweges für den  
 Kraftverkehr.  
 Mit Rücksicht auf die durch den Kraftfahrver-

kehr verursachte Staublage wird der durch die  
 große Breite des Rolentales führende Weg, der  
 Leibnizweg, von Jöhnerweg bis zu seiner Ein-  
 mündung in die Waldstraße für den Verkehr mit  
 Kraftwagen und Krafttraktoren gesperrt.  
 Der Kraftfahrverkehr vom Innern der Stadt  
 nach Gohlis hat durch die Waldstraße oder  
 Pfaffenendorferstraße zu erfolgen.  
 Zuwiderhandlungen werden auf Grund von  
 § 21 des Reichsgesetzes vom 3. Mai 1909 mit  
 Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder  
 mit Haft bestraft. J. R. II. 2762.  
 Leipzig, den 1. Juli 1921.  
 Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

## Kleiner Anzeiger

**Arbeitsmarkt**  
**Chauffeur**  
 für Leipzig ausgelassen, für Cyklonotto-Geschäfts-  
 wagen per sofort gesucht  
**Universum-Filmverleih, G. m. b. H.**  
 Leipzig, Windmühlenstr. 31, IV.  
**Zimmerleute**  
 stellt ein  
**Georg Kürber, Baumeister, Halle a. S.**  
 Friedrichstraße 37/39.

**Spottbillig**  
 getragen und neue  
**Anzüge**  
**Hosen**  
 Militär-  
 getreichte  
 Schwarze  
 Arbeiter-  
 nur prima Qualitäten u.  
 feinste Schneider-Arbeit  
 a. sämtliche Schuhwaren  
 kaufen Sie wie altbe-  
 kannt beim billigen  
**Kanner**  
 Eisenbahnstraße 5.  
**Hemden** f. Damen 18.  
 f. Herren 18.  
 Hemdenbarock ... m. 8.  
 Röper-Intell. ... m. 20.  
 Bettzeug u. Kissen ... 70.  
 Bettuch ... 30.  
 Sand u. Wischhand St. 5.  
 Hemdentische, Messer,  
 Stilleisen sehr preiswert.  
**Rohlgartenstr. 29, I. 1.**

**Extrabilliges Angebot!**  
**Rinder-Fromenaden-**  
**Zweinaud-Str. 7, Brumme**  
 Cig. Fromen. u. Klappwan.  
 m. B. bill. Lind. Markt 11, I. r.  
**Korbblinderweg, verfr. billig**  
 Co., Wiederlicher Str. 18, I. l.  
**Korbblinderweg, w. p. auterh.**  
 v. pr. w. Theresienstr. 63, I. r.  
 Cig. u. Hengwaren, auterh.,  
 bill. Co., Gothaer Str. 40, I. r.  
 Kinderwagen bill. u. verfr.  
 Blumenallee 5, Dinterh. III. r.  
 Kinderwagen, weiß, 200.- v. r.  
 Neub. Hohenzollernstr. 16, I. l.  
 Korbw., els. ind., 200.- Korb-  
 sportwan. u. u. ob. Verfr. 130.-  
 Korbstr. 65, II. r. Birkenstr. 8, p. r.  
 Stude m. 9 Kilo, 42 W., Cape  
 f. Kind, bill. Blumenstr. 60, I. l.

**Seilkräuter und -Blüten,**  
**wie Kamillen**  
 Brennesselblätter, Taubnesselblüten, Scheuergras,  
 Stiefmütterchen, weiß und blau, Weißkleeblüten,  
 Mohr, Rosenblätter, Rainfarntkraut und -blüten,  
 Schafgarbenkraut ohne Blüten, Löwenzahnblätter  
 taufen  
**J. Bernhardt, G. m. b. H., Leipzig**  
 Konstantinstr. 21.  
**Kamillen**  
 Taubnessel, Weißkleeblüten, sowie  
 alle Seilkräuter, -blüten und -wurzeln  
 taufen in bester Beschaffenheit zu besten Preisen  
**Apotheker Bernemann, Leipzig**  
 Koblentzstr. 18-20, Bayer. Bahnhof

**Zigarren- u. Wickelmacherinnen**  
 finden dauernde Beschäftigung  
**Deitzscher Straße 24, Hof.**

**2 Tischler und 1 Zimmermann**  
 auf Mühlenbau stellt sof. ein  
**Ferd. Baake, Mühlenbau-**  
**anstalt, Bo. Ludwigstr. 123.**

**Metallbreher-Behring**  
 Leipzig, Blech- und Metall-  
 waffenfabrik, Josef Wehlermann  
 Leipzig-Lindenau,  
 Wetzelsberger Straße 123.

**Achtung!**  
 Lohnende Sache f. Bettungs-  
 verleger u. Straßenhändler,  
 hoher Verdienst. Näheres  
 Verlag „Fortschritt“,  
 Albia 14, Sandbura 23.

**Zig.-Rollerinnen**  
 werden sofort eingestellt  
**Richard Schilling**  
 Pföner Weg 16, (Berl. Hof.)

**Aufwartung**  
 dreimal wöchl. 2-3 Stunden  
 gesucht. Münzberger Str. 50, I. r.  
**Kraft, Schulla, s. Wegel, gel.**  
 Neumann, Warburgstr. 10, I.

**Verkäufe**  
 Klein. Posten Postenland-  
 Decker und Umbreit für  
 Zigarrenfabrik billig a. verfr.  
 Seibel, Bayerische Str. 50, III. l.

**Wo gibts**  
**Anzüge, 150.-?**  
 getr. Friedensware 30.-  
 Jadedts 40.-  
 Mil.-Hosen von 100.-  
 Sommerhosen von 60.-  
 Damenblusen u. Kleider  
 (Spottbillig).  
 Belichtung ohne  
 Kaufswang nur bei  
**SELINGER**  
 Turnersstraße 3.

**Wot???**  
 zahle ich keine Ladenpreise  
**Leubitz, Hauptstr. 20, I.**  
 Ca. 100 Genit. Gardinen, nur  
 beste Preisg., 85.-, 95.-, 105.-  
**Bettwäsche (bunt u. weiß)**  
 1 mat 62.-, 93.-, 103.-

**Kaufgejuche**  
**Gämtl. Herrengarderobe**  
 Jackett, Cutaway, Gebrod,  
 Frack, Smokinganzüge, a. einz.  
 lit. Bahn, Lange Str. 10, I.

**Kaufe** Herren-Garderobe  
 Militär-Sachen  
 Gebrod-Anzüge, Betten,  
 Bett- u. Leibw., Leibhausch,  
 Klink, Hanfische Gasse 6, p. r.  
 Straßenbahn b. Battersberg

**Bandoneon** neu, 5 A. o. t.,  
 144 Ton. 65.00  
**Schäferstr. 21, Otto Müller.**  
 Nähmaschine, gutnähen, prf.,  
 Kappe, Münzberger Str. 11.

**Achtung! Achtung!**  
**Radfahrer**  
 Sie kaufen am billigsten neue  
 u. geb. Fahrräder, Laufbed.,  
 Schläuche, Center, Luftpumpe,  
 sowie alles Zubehör Große  
 Fleischergasse 22 (Laden).

**Kaufgejuche**  
**Gämtl. Herrengarderobe**  
 Jackett, Cutaway, Gebrod,  
 Frack, Smokinganzüge, a. einz.  
 lit. Bahn, Lange Str. 10, I.

**Kaufe** Herren-Garderobe  
 Militär-Sachen  
 Gebrod-Anzüge, Betten,  
 Bett- u. Leibw., Leibhausch,  
 Klink, Hanfische Gasse 6, p. r.  
 Straßenbahn b. Battersberg

**Gold-**  
**Silber- u. Platin-Waren**  
 taufen als Selbstverbraucher  
**Widurka, Nürnberg-Str. 44, II**

**Gold- u. Silber- u. Platin-**  
**Waren**  
 taufen als Selbstverbraucher  
**Widurka, Nürnberg-Str. 44, II**

**Gold- u. Silber- u. Platin-**  
**Waren**  
 taufen als Selbstverbraucher  
**Widurka, Nürnberg-Str. 44, II**

**Gold- u. Silber- u. Platin-**  
**Waren**  
 taufen als Selbstverbraucher  
**Widurka, Nürnberg-Str. 44, II**

**Gold- u. Silber- u. Platin-**  
**Waren**  
 taufen als Selbstverbraucher  
**Widurka, Nürnberg-Str. 44, II**

**Abschrift, Demiel-fällig**  
 d. Apparat u. Masch.  
**GEY** **Janas** **Strif**  
 Köhne **Kaiserhall**

**Ihr Anzug**  
 wird wieder wie neu ge-  
 rechnet u. gebüxelt für  
 20 Mk. Abholung und Zu-  
 sendung frei. Polster ge-  
 nügend an **Wäckerl Undine,**  
 Leipzig-Dölitz.

**Fahrrad-Reparaturen**  
 schnellstens, billig und sauber  
**Scharnhorststraße 34.**

**Stoppbügel, Nähen, Pelzwarten**  
 (Umarbeit. u. Neuanfertigung)  
**Mützenfabrik E. Heizer,**  
 Hohe Straße 18. Tel. 6751.

**Süßes mein 1/2, 3/4, Kind lof.**  
 lichen, Vitellgel, geg. a. Bei.  
 Ditt. F. M. 100) Fil. Stötterstr.

**Kammerjäger Wagner**  
 wohnt Senefelderstr. 11, S. 1

**Möbeltransporte**  
**Hans Eitner**  
 Genr. 1866.  
 Leipzig, Rocherstr. 1143.  
**Stadt- und Fern-**  
**Transporte.**  
 Nur gute Ausführung.  
 Aufbewahrung.  
 Fernruf 13 600 u. 20 310.

**Wohnungen**  
 Welt. Mann sucht Schlafstelle  
 bei ein. Witr., mögl. i. Kohl.  
 Off. S. 10711, Lindenthal Str. 22.

**Inferate**  
 für die fällige Nummer  
 bestimmt, erbiten bis  
 spätestens 9 Uhr vorm.  
 am Erscheinungstage.

**Neues Theater.** (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.  
 Montag, den 4. Juli, bei aufgehobenem Vorrecht: Neufassung für den Leipziger Wärrerchor: Die Weisheitsfugler von Nürnberg. Anfang 8 Uhr.  
 Dienstag, den 5. Juli: 141. Mischtheater-Vorstellung (8. Folge, weiblich): Der Freischütz. Anfang 7 Uhr.  
 Mittwoch, den 6. Juli: 142. Mischtheater-Vorstellung (4. Folge, Braun): Traumbildung: Der tolle Amor. Hieran: Tänze; Verlogenheit. Anfang 7 Uhr.

**Altes Theater.** (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.  
 Montag, den 4. Juli: Vorstellung für die 1. Fach- u. Fortbildungsklasse: Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
 Dienstag, den 5. Juli: Mischtheater. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
 Mittwoch, den 6. Juli: Mischtheater als Freispiel. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

**Neues Operellen-Theater.** (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.  
 Montag, den 4. Juli 1921  
 Gesamtspektakel des Deutschen Theaters in Berlin.  
**Potafsch und Perlmutter.**  
 Schwan in 3 Akten von W. Flah und C. Stein.  
 Regie: Anton Schmidt.  
 Einfache Preise, Einlaß 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, Anfang 8 Uhr. Ende umf. 10 $\frac{1}{2}$  Uhr.  
 Erhalten- und Schülerkarten unentgeltlich.  
 Aufgabe von Eintrittskarten wegen Unbefugnisse ausgeschlossen.  
 Täglich 8 Uhr abends: Potafsch und Perlmutter.

**Drei Linden**  
 Täglich abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Der fabelhafte Varieté-Spielplan**  
 10 wirkliche Attraktionen  
 Der Erfolg der Saison.

**3 Dalreadys**  
 in ihrer komischen akrobatischen Parodie: „Die lustigen Geldschrankkinder“.

**Jean Clermont**  
 der beliebte Dresseur in seiner Burleske: „Der Zirkusdirektor“.

**M. Carmellini**  
 der geistreiche Zauberer mit seinen neuesten Experimenten.

**Erno Kondor**  
 Der bekannte ungarische Komponist „Musikalischer Extravaganzen“.

**Zum 1. Male nach vielen Jahren in Leipzig: 2 Original Redams die Gladiatoren des XX. Jahrhunderts**  
 in ihrem phänomenalen Universal-Kraft-Akt und ihrer klassischen Original-Schöpfung: „Der Mensch im gemischten Rhythmus der Plastik“.

**Vollständig neu für Leipzig: Das musikalische Spitzweg-Bild**  
 Das bekannte A. Schrey'sche Männerquartett  
 Der Geselle ..... Aug. Bernh. Schrey  
 Der Bürger ..... Alols Paul  
 Der Wirt ..... Rasso-Rasso  
 Der Scholar ..... Hans Rothmann  
 in Berlin und München mit dem denkbar größten Erfolge aufgeführt.

**Gastspiel Voo Doo!**  
 Asiatische Tempeltänze!

**Gastspiel Richard Kautz**  
 der bekannte Coupletschriftsteller und Humorist in seinen neuesten Vorträgen.

**Neu für Leipzig: Julius Fürst**  
 Deutschlands bester Handstandkünstler.  
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr. Tel. 48543.  
 Warenhaus Th. Althoff, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heino-Straße.

**Apollo-Theater**  
 früher Stadt Nürnberg  
 Bayerische Straße 8 bis 10, direkt am Bayerischen Bahnhof

Täglich abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr:  
**Der große Variété-Erfolg!**  
 10 erstklassige Welt-Variété-Attraktionen

Vollständig neu am deutschen Variété:  
**Eva Larnau - Nelly van Olden**  
 Lebende Lieder

Letzten Gastspiel vor ihrer Auslandsreise:  
**King Luis u. Sohn**  
 die beliebtesten Handstandkünstler

Zum ersten Male in Leipzig:  
**Orig. 4 Frankia-Standard**  
 die lebenden Gummibälle

Gastspiel Chas. Hera  
 der elegante Meister der Jongleure

Neu! Die größte Variété-Sport-Neuheit International Neu!  
**Damen-Box-Kämpfe**  
 unter persönlicher Leitung des bekannten Meisterboxers Oskar Fischer. Von der gesamten Berliner Presse als die vornehmste u. elegant. Variété-Sport-Neuheit bezeichnet.  
 Neu! In Berlin täglich zuverkaufte Häuser Neu!  
 im eleganten Metropol-Variété.

Zum ersten Male in Leipzig:  
**Spyra's mysteriöse Puppe**

Neu für Deutschland:  
**Wanda Weiser**  
 die russige Russin in ihren Tänzen

Erstes Auftreten in Leipzig:  
**Takahashi**  
 der japanische Antipodenkünstler

Erstes Auftreten in Deutschland:  
**Agni & Reewes**  
 die lustigen Skandinavier

Zum ersten Male in Leipzig:  
**2 Oclanis**  
 die hervorragend. Gymnastiker

**Vorverkauf:** Tageskasse, Tel. 11111, 10 bis 2 Uhr.  
 Warenhaus Th. Althoff, Petersstraße (Sammelkasse im Parterre) .....

**Schillerschlöbchen**  
 2. Gohlis, Mendelstraße, Straßend. 6, 12, 13, 20.  
 Heute Montag **Feiner Ball.** Abwechselnd Herr- u. Damenwahl. Tanzfrei

**Gosenschlösschen, Eutritzsch.**  
 Heute Montag **Feiner Ball.** Abwechselnd Herr- u. Damenwahl. Tanzfrei

An die **Gastwirtschaften Leipzigs**

Es ist beabsichtigt, bei der kommenden Herbstmesse eine verbilligte Verpflegung von Messbesuchern (Mittag- und Abendessen mit fester Speisenfolge) in verschiedenen Gastwirtschaften einzuführen. Hierdurch würde den Gastwirten, die bisher wenig Messverkehr hatten, günstige Verdienstmöglichkeit, den Messfremden bei rascherer Abfertigung als in den meist überfüllten Wirtschaften des Stadttinnern eine gute Verpflegung zu niedrigen Preisen geboten werden können. Die nötige Propaganda übernimmt das Messamt.

Nachdem wir bereits mit einer Reihe von Gastwirtschaften entsprechende Vereinbarungen getroffen haben, die auch darauf hinauslaufen, dass letztere auf Preisaufschläge zu den ausserhalb der Messe gültigen Speise- und Getränkkarten verzichten, richten wir an die Gastwirte Leipzigs die Aufforderung, weitere Anmeldungen an uns ergehen zu lassen, damit wir in den messamtlichen Zeitungen und in anderen Presse-notizen die Messfremden aufmerksam machen können

Messamt für die Mustermessen in Leipzig  
 Verkehrsabteilung, Markt 4

**Bonorand** Nachm.: Bonorand-Orchester (Dir. G. Fischer).  
 Abends: Alfred Haucke-Orchester (Dir. Alfr. Haucke).  
 Täglich nachmittags und abends: **Garten-Konzerte**  
 Sonntags 5 Uhr **BONO-Ball.**

**Gangsfouci** Heute 7 Uhr **Ball**

**Kasslers Festsäle**  
 Leipzig-Vo., Elisabethstraße 13  
 Morgen Dienstag  
 Feine Musik Neueste Tänze  
**TANZEN FREI**  
 Eintritt: Damen 2 Mark Herren 3 Mark.

**Sommer-Variété Felsenkeller**  
 Wegen anhaltender kühler Witterung bis auf weiteres geschlossen.

**Uhren**  
 Ketten, Schmucksachen  
 Grösste Auswahl, Billigste Preise.  
**Gustav Kaniss**  
 6 Tauchaer Strasse 6

**Edelhübsche Dame**

**Madaform-Haarpflege**  
 Auch für Herren eine Wohlthat. Alle besten Friseurgeschäfte arbeiten mit diesen hervorragenden Haarpflegemitteln.  
 Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.  
 Direkt nur an Wiederverkäufer durch die Hersteller **Heilbronner & Co., Heilbronn a. N.**

Ziehung 18. bis 23. Juli  
**Geld-Lotterie**  
 für das **Samariterwesen**  
 in Sachsen.  
 Hauptvertrieb: Alexander Hessel, Dresden, Weißgasse 1.  
 Höchstgewinn 1. gütst. Fall  
**100 000**  
 Prämie **75 000**  
**25 000**  
 Hauptprämie **10 000**  
 Kleinst. Gewinn **5 000** etc.  
 Lose à M. 4,- (Postgeld u. Liste M. 1,40) bei den Staatslotterien - Einnahmen und den durch Plakate kenntl. Geschäften.

**Geld-Lotterie** für das **Samariterwesen**  
 Ziehung 18.-23. Juli.  
 Lose à 4,-, Porto u. Lst. 1.40 extr. empf.  
 Staats-Lott.-Einnahme  
**Friedr. Fricke & Co.**  
 Leipzig, Zeitzer Str. 8/14.

Reis	1.10
Rüden-Butter	2.40
Goldbirle	2.50
Sühner-Krautfutter	1.60
Reis	1.80
Rattbeine heiligt	3.-
Mais-Futtermehl	1.60
Mais-gerillen	1.80
Knoschenschrot	1.40
Garnelenschrot	3.40
Geflügelmischelfalt	—,35
Fleischmehl	1.80
Reismehl	1.60
Mohn-Ruchmehl	2.80
Brotte bei 10 Pf. im Str. bi d.	
Feist, Strassenbahn 1 u. 8.	

Reparaturen an Uhren jed. Art nur streng solide Ausführung u. unt. Garant. bei **Gustav Kaniss**  
 Wernsd., Tauchaer Str. 6.

**Leipziger Schampriemas.**  
 Direction: Fritz Hübner. Fernruf 1000  
 Montag, den 4. Juli 1921  
 Gastspiel **Anton Franck.**  
 Zum 28. Male:  
**Wilis Frau.**  
 Ein Schwan in 3 Akten von Max Weinmann und Otto Schenk.  
 In Szene gesetzt von Anton Franck.  
 Personen: Konrad v. Bergerhausen, Rittergutsherr (Otto Merker); Gertrude, seine Tochter (Hilke Wrobel); Wilis, sein Sohn (Walter Neudörfer); Maria, dessen Frau (Grete Dörflinger); Baron Reppom von Hohenfels (\* \* \*) (August Schimmelmann, Gustav-Heinrich (Paul Braunslein); Dr. Erich Wahrenfels, Rechtsanwalt (Karl Köhler); Die alte Antoinette, Köchin bei Bergerhausen (Emilie Winterberg); Franz, Diener bei Bergerhausen (Werner Schödy); Araule, Briefträger (Karl Walden).  
 \* \* \* Baron Reppom von Hohenfels ..... Anton Franck u. G.  
 Ort der Handlung: Erster Akt: Berlin. Zweiter und dritter Akt: Gut Bergerhausen in der Mark. — Zeit: Gegenwart.  
 Größere Preise nach dem 2. Akt.  
 Einlaß 7 $\frac{1}{2}$  Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
 Gastspiel **Anton Franck.**  
 Dienstag, den 5. Juli: Neu einstudiert: Die spanische Flegel.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Mittwoch, den 6. Juli: **Wilis Frau.** Anfang 8 Uhr.  
 Der dreizehnte Spielabschnitt läuft vom 27. Juni bis 17. Juli 1921. Bis zu diesem Tage noch die dreizehnte Karte der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

**Kleines Theater.** Direction: Fritz Hübner. Osterstraße 43  
 Montag, den 4. Juli 1921, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr  
 Zum 19. Male  
**Die Scheidungsreise.**  
 Musikalisches Schwan in 3 Akten von Leo Walter Stein.  
 Musik von Hugo Fricke.  
 Regie: Otto Stoedel. Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.  
 Besondere Musikfänger: 1. In, das Fleisch kann manchmal schmecken sein 2. Wer wird denn meinen, wenn man auseinander geht! 3. Lang-Zweit mit Schottenspieler 4. Waise wo bist du, Waise wie läßt dich 5. Mitten in der Nacht. 6. Das ist der Sport der Republik.  
 Einlaß 7 Uhr. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
 Abends 8 Uhr und Sonntag, den 10. Juli, nachm. 3 $\frac{1}{2}$  Uhr (ermäßigte Preise) der große Schwan: Die Scheidungsreise.  
 Besetzte Karten müssen bis mittags 2 Uhr abgeholt sein, andernfalls wird darüber verfügt.  
 Die Mitglieder der Theatergemeinde Schwantheater erhalten gegen Vorlegung ihrer Jahreskarte 50% Ermäßigung und sollen dafür 8 Mark Musikzuschlag.  
 Vorverkauf an der Tageskasse des Kleinen Theaters,ASSE des Schwantheaters, bei F. H. Goppin, Peterstr. 15, Aug. Wollm, Peterstr., und im Lotteriegeld von Friedrich Brude & Co., Zeitzer Straße 14.

**Krystal-Palast**  
 Theater Fernruf 2071  
 Juli 1921  
 Gastspiel  
**Curt Olfers Operellen-Gesellschaft: „Mascottchen“**  
 Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski.  
 Gesangstexte von Vill Steinberg.  
 Musik von Walter Bromme.  
 Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr.

**Battenberg**  
 Variété. Anfang 7 $\frac{1}{2}$  Uhr  
**Juli-Variété-Programm.**  
 Das Beste vom Besten.

<b>Klara Bérat</b> Illusions-Tänze	<b>Emil Merkel</b> in sein. Komp.-Revue
<b>Hans Herres</b> Original-Bauern-Trio	<b>Carl Korbach</b> Humor u. Typendarst.
<b>Kowala</b> der myst. Hut	<b>Anny Milos</b> 10 mit ihren Frauenschönheiten
<b>Otto Stähle</b> Jugendlicher Xylophon-Virtuose	<b>Victorino</b> Der Strassengeiger
<b>Carlo Erhardt</b> der Mann m. d. Handkoffer	<b>Beno</b> der sprech. Balanceur

**Theater.** Anfang 8 Uhr  
 Uraufführung: **Bist Du nicht mein Bruder**  
 Soziales Schauspiel in 4 Aufzügen von Ernst Edler von der Planitz.  
 Morgen: **Bist Du nicht mein Bruder.**  
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft R. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

**Blumensäle.**  
 Täglich abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr  
**Künstler-Kabarett.**  
 Sonntags 2 Vorstellungen. \* 4 Uhr u. 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

**Warnal Tadellos**  
**Ozean Toilette-Feinseife**  
**Tulipan Blumen-Feinseife**  
**Schmierseifen**  
**MW**

**MITTELDEUTSCHE SEIFENFABRIKEN**  
 ACTIENGESELLSCHAFT LEIPZIG-WAHREN  
 Generalvertreter für Leipzig: **Paul Hübner, Leipzig**  
 Bayerische Straße 39. Telefon 11061.



Die Landeskongress der Rechtssozialisten.

Vom 2. bis 4. Juli tagte im Leipziger Volkshaus die Landeskongress der sächsischen Rechtssozialisten.

Der Dresdner Eggert berichtete für den Landesauschuss über einen Mitgliederbestand von rund 100 000, den Stand der Presse bezogener er als gut, doch wurden keine Zahlen über die Abonnenten genannt.

Ein Antrag des Bezirks Chemnitz gegen die Sondergerichte lautete:

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens beauftragt den Landesauschuss, beim Parteivorstand dahin zu wirken, daß er seinen ganzen Einfluß auf die Reichsregierung ausüben möge, die Aufhebung der Sondergerichte — soweit das noch nicht geschehen ist — herbeizuführen und diejenigen, die als Verführer anzusehen sind, zu amnestieren.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In seiner Begründung des Antrages fand der Redner scharfe Worte gegen die Sondergerichte, während er bezeichnenderweise seinen Parteigenossen Ebert für die Unterzeichnung der Verordnung über die Sondergerichte damit entschuldigt, er hätte von seinem Posten als Reichspräsident zurücktreten müssen, wenn er die Verordnung nicht unterschrieben hätte.

In dieser Debatte wurde auch von Meyer-Zwidau erklärt, die Arbeiter müßten auf die Notwendigkeit einer wesentlichen Erhöhung der Beiträge für die soziale Versicherung hingewiesen werden, weil die Versicherungsanstalten jetzt ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können.

Der zweite Verhandlungstag

beginnt mit einer zweistündigen geschlossenen Sitzung, dann hielt Eggert sein Referat über die politische Lage. Der Redner behandelte die politische Lage in Sachsen, die gekennzeichnet sei durch den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung.

Zu der Resolution über die Einigung des Proletariats sagt Eggert: Wir bedauern die Spaltung, ich habe aber auch die Auffassung, daß eine organisatorische Einigung nicht möglich ist, solange die Programme der Parteien sich diametral gegenüberstellen.

Auf Eggert folgt Wirth mit dem Bericht der Landtagsfraktion. Er kritisiert die verärgerte Opposition der Demokraten und die Haltung der Kommunisten. Das alles wäre jedoch zu ertragen gewesen, doch auch in der neuen Koalition ging nach Wirth nicht alles so wie es gehen sollte.

Fleißner und Lipinski gewesen, die jetzt im Landtage solche Vorlagen einbringen, aber die Wirths Beurteilung der unabhängigen Fraktionshaltung ist ganz falsch. Es hat gar nichts mit kommunistischer Freundschaft zu tun, wenn die Unabhängigen treu nach dem alten sozialdemokratischen Programm die Forderungen für die Geistlichen ablehnten.

Noch einen anderen Vorwurf hat der Fraktionsvorsteher der Rechtssozialisten gegen die Unabhängigen vorzubringen: die Verzögerung der Grund- und Gewerbesteuer. Am Mittwoch wäre die Grundsteuer angenommen worden, da beantragten die Unabhängigen plötzlich eine dritte Lesung.

Wenn man bedenkt, daß weder die Grundsteuer noch die Gewerbesteuer in diesem Jahre irgendwelchen Ertrag für die Staatskasse ergeben kann, so muß man sich wundern, daß sozial Aufhebungs über die Verzögerung der Verabschiedung der Steuer gemacht wird.

Nach der Mittagspause des zweiten Verhandlungstages legte eine besondere Redaktionskommission folgende

Entscheidung über die Einheitsfront des Proletariats vor:

Die Landeskongress der Sozialdemokratischen Partei Sachsens erklart im Einheitsstaat, der nach den Grundgesetzen der Sozialdemokratie aufzubauen den deutschen Republik die Staatsform, durch die die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis auf äußerste gestärkt werden kann und die in ihren Wirkungen dem gesamten Volke unbeschänkt zugute kommen soll.

Die Zustimmung beider sozialistischer Parteien zum Ultimatum und die Solidarität von Großkapital und Reaktion bei der Abwälzung der Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes zwingen auch die Arbeiterklasse zur Herstellung einer starken politischen Einheitsfront.

Die gemeinschaftliche Regierungsarbeit beider sozialdemokratischen Parteien in Sachsen hat bewiesen, daß die theoretischen und tatsächlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden müßten.

Die Landeskongress bekennt deshalb den festen Willen, die von den beiden sozialistischen Parteien gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern und schlägt vor, nichts unverzagt zu lassen, um nicht nur im Landtage, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Bei einer Veränderung der politischen Lage, gleichwie in welcher Form, ist eine außerordentliche Landeskongress einzuberufen.

Die Aussprache ist vielseitig, sie wird aber im wesentlichen bekräftigt von der Resolution über die Einheitsfront. Ein Chemnitzer Antrag verlangt die Demokratisierung der Staatsverwaltung durch Umgestaltung des sächsischen Staatsdieneregesetzes sowie des veralteten Disziplinarrechtes.

Der Ministerpräsident Bud hält eine längere Rede, in der er zunächst als Regierungsmann Maßnahmen der Regierung auch gegen seine Parteifreunde verteidigt. Darunter fällt auch die Verordnung, daß bei Ernennung von Amtsblättern nur die Verbreitung, nicht aber die politische Haltung der Zeitung beachtet werden soll.

Der Ministerpräsident Bud hält eine längere Rede, in der er zunächst als Regierungsmann Maßnahmen der Regierung auch gegen seine Parteifreunde verteidigt. Darunter fällt auch die Verordnung, daß bei Ernennung von Amtsblättern nur die Verbreitung, nicht aber die politische Haltung der Zeitung beachtet werden soll.

Dann geht Bud über zur Parteipolitik. Natürlich will auch er die Einigkeit des Proletariats. Er weiß sogar, daß 1925 der Einigungskongress beider Parteien stattfindet, aber: Wir haben keinen Anlaß, uns immer wieder den Unabhängigen an den Hals zu werfen und uns in empfehlende Erinnerung zu bringen.

wenn es auf dem Boden der Unterschreibung des Ultimatus und auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung steht. In diesem Fall ist mir ein Volksparteiler ebensoviel wie ein Zentrumsmann oder ein Demokrat. Wir dürfen keine Beschlüsse fassen, die unsere Operationsfreiheit beschränken.

Auf Bud folgt Bethke, der bezeichnenderweise empfangen wird mit dem Rufe: Deutsche Volkspartei! Bethke gehört zu den Rechtssozialisten, die konsequent auf einen Anschluß an die Deutsche Volkspartei hinarbeiten, keine Ausführungen bleiben aber auf die Konferenzteilnehmer völlig wirkungslos.

Der nächste Redner, Meyer-Zwidau, lenkt die Aufmerksamkeit der Konferenz auf die wirtschaftliche Not der Arbeiterklasse, er bringt folgende Resolution ein:

Das Ultimatum legt dem deutschen Volke ungeheure Verpflichtungen auf, deren Erfüllung nur möglich ist, wenn alle Volksschichten nach der Leistungsfähigkeit zur Tragung der Kosten herangezogen werden.

Die kapitalistischen Parteien werden kein Mittel unverzagt lassen, diese Belastung in erster Linie dem arbeitenden Volke aufzubürden.

Die Landesversammlung billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, vor Verabschiedung der notwendigen Besteuerungen eventuelle indirekte Steuern nicht zu bewilligen. Sie wendet sich ganz energisch gegen jede einseitige Steuerbelastung des schaffenden Volkes und protestiert gegen die vom Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages gegen die sozialistischen Stimmen beschlossene ungeheuerliche Verteuerung des Brotes.

Die Landeskongress erwartet, daß die Reichsregierung Maßnahmen ergreift, um die am schwersten von der Teuerung betroffenen Volksschichten in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten.

Ein Plauener Delegierter verlangt vom neuen sächsischen Justizminister, er solle sich einmal den Staatsanwalt genauer ansehen, der in einem Prozeß in Plauen gegen einen unabhängigen Redakteur während der Verhandlungen das Hakenkreuz trug. Auch sonst findet dieser Redner scharfe Worte des Mißtrauens gegen die deutsche Justiz, er verlangt, daß wenigstens in Sachsen Wandel geschaffen wird.

Kuerbach-Chemnitz bringt die Debatte wieder auf die Einigkeit des Proletariats zurück. „Seht auch die Unternehmer an, wie sie jetzt in den Betrieben nach Willkür schalten und walten. Wir müssen fordern: Sicherung der Arbeiterrechte, Ausbau des Betriebsrätegesetzes, Produktionskontrolle.“

Nach diesem Proletariat kommt der Kaufmann Pudor zum Wort, der an der Resolution mitgearbeitet, sie aber nicht unterschrieben hat. Er beginnt mit dem Hinweis: „Sie haben nach der Rede Buds Bravo gerufen“, worauf er prompt die Antwort erhält: „Nicht für die ganze Rede!“ Pudor will sich auf den Boden der Tatsachen stellen, er spricht von Realpolitik und plädiert für den Anschluß an die Deutsche Volkspartei, er will unter keinen Umständen aus der Regierung scheiden. Als Pudor geendet hat, ertönt nur ganz vereinzelt ein schwächeres Bravo. Pudor ist wie Bethke bei der Konferenz glatt abgefallen.

Der Textilarbeiter Krähig, der nach Pudor zum Wort kommt, zeigt seinem Vordredner die Tatsachen: Zusammenstoß der Textilarbeiter zur Umänderung der Konsumenten. Beispiel: die Verbandswirtschaft hat mit 40 Prozent Uebergewinn gearbeitet. Für 1000 Meter vierziger Obergarn wurde den Konsumenten 14 M., in den letzten Monaten 12.50 M. abgenommen, für 6 M. hätte es verkauft werden können.

Franz-Chemnitz begründet eine Resolution, in der der Ausbau des Betriebsrätegesetzes gefordert und die Abschaffung der festplanten Schlichtungsordnung verlangt wird.

Gegen die Worterteilung an den Sekretär der Reichstagsfraktion Rahmann, der nicht Delegierter ist, wird Widerspruch erhoben, der aber in der Minderheit bleibt. Rahmann läßt sich auf: mit dem unabhängigen Spul sei es in einem Jahr zu Ende, als Grundbedingung für die Einigung müsse gestellt werden: Anerkennung der Demokratie und das Bekenntnis zur positiven Mitarbeit (auch mit der Deutschen Volkspartei).

Fellisch-Chemnitz antwortet Rahmann: „Hat nicht Rahmann uns vor einem Jahre von der entstimmten Deutschen Volkspartei gesprochen?“ Auf diesen Vorhalt wird selbst Rahmann vor Verlegenheit pudert. Fellisch beglückwünscht Bud zu seinem Optimismus, Bud möge doch einmal einen von ihm geschützten deutschen Volksparteiler auf den Tisch des Hayles niederlegen. Bezierbild: Wo ist dieser Volksparteiler? Vehemente Jurufe: Sehr richtig! Fellisch spricht temperamentvoll für die Einheitsfront des Proletariats, die eines Tages da sein werde, so daß die Instanzen, die sich dagegen wehren, Nase und Maul aufstrecken werden. Auch Pudor wird von Fellisch gründlich abgeföhrt. Bezeichnend ist, daß Fellisch der einzige Redner auf der ganzen Tagung ist, dessen Ausführungen von einem großen Teil der Delegierten mit Handklatschen aufgenommen wurde.

Den Abschluß der Debatte bildete eine Rede des Parteivorstandesmitgliedbes Molkenbühr, der die Einigungsverhandlungen für verfrüht hielt, der aber auch erklären mußte: „Die Deutsche Volkspartei ist die Feindin des Proletariats comme il faut (kann ich so), — wie es sein muß.“

Die Abstimmung brachte die Ueberraschung, daß alle Resolutionen einstimmig angenommen wurden; auch die über die Einheitsfront. Diese Resolution enthält freilich „keine Bindung“, wie Bud sagte. Es kann jeder herauslesen, was er will. Wenn deshalb auch die Abstimmung über die Resolution kein völlig einwandfreies Bild über die Ansichten der Partei gibt, so zeigt doch die Debatte, daß die Bürgerlichen und die zum Bürgertum neigenden Elemente auf dieser Konferenz bei der überwiegenden Mehrzahl der proletarischen Vertreter keinen Anklang fand.

Ueber den dritten Verhandlungstag werden wir morgen berichten.

Reichstag.

Berlin, 2. Juli.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 11 Uhr 20 Minuten.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums ist das Schwerkrankenbeschäftigten-Lazarett Schloß Charlottenburg aufgehoben mit der Begründung, die Kranken hätten sich ungebührlich benommen. Infolgedessen sind den Insassen jede ärztliche und pflegerische Behandlung, sowie Nahrungsmittel und Taschengeld und außerdem den Familien die baren Unterstützungen entzogen worden. Eine Interpellation untrer Fraktion und der Kommunisten fragt, ob die Regierung diese Maßnahmen rückgängig machen und die den Lazarettinsassen und deren Angehörigen entzogenen Gehältnisse auszahlen lassen will. — Der Reichsarbeitsminister Braun erklärt, die Regierung werde die Interpellation in der vorgeschriebenen Frist beantworten.

Sodann werden der Gesetzentwurf zur Durchführung des Friedensvertrages betreffend Beschlagnahme des Luftfahrzeuggerätes, sowie der Entwurf betreffend Militärakademie, der Entwurf betreffend Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher und der Entwurf betreffend die patentamtlichen Gebühren ohne Debatte erledigt. Ebenso nach einer kurzen Berichterstattung durch den Abgeordneten Marx der Entwurf zur Sicherung von gewerblichen Schutzrecht deutscher Angehöriger im Ausland. Desgleichen finden ohne Debatte Annahme die Gesetzentwürfe über die Gewährung von Beihilfen an Rentempfänger aus der Unfallversicherung.

In der letzten Beratung des Gesetzentwurfs über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn bemerkte Abgeordneter Kurt Geyer (Kommunist), daß keine Fraktion das Gesetz annehmen werde, weil dadurch eine Reihe von Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand herbeigeführt werde. Der Entwurf wird einstimmig angenommen. (Hört, hört!)

#### Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont-Cenis.

**Abg. Zambusch (Zent.):** Im Bergbau lassen sich nicht alle Unfälle verhindern. Solche Massenunfälle aber dürfen nicht vorkommen. Wenn die Verhütungsmöglichkeiten ausgenutzt werden, können große Explosionen kaum vorkommen. Auf der Zeche Mont-Cenis haben wir es mit einer gewaltigen Kohlenstaubexplosion zu tun. Mein Eindruck im allgemeinen war, daß sowohl die Bewitterung, Veriefelung und der Aushau des Reviers gut war. Nichtsdestoweniger hat die Grube auch ihre Gefahren, Mängel und Tücken. Hier und da standen, wie aus den Zeugen- und Sachverständigenausagen hervorgeht, Schlagwetter. Aufgefallen ist mir, daß der Schlagwetterkontrollleur am Tage der Explosion keine Schlagwetter gefunden hat. Ebenso ist es merkwürdig, daß seit März keine Schlagwetter mehr festgestellt worden sind. Bei guter Prüfung müssen in einem Monat irgendwas mal Schlagwetter gefunden werden. Übrigens haben in der Tat auch in der letzten Zeit drei Schlagwetterexplosionen geringeren Ausmaßes stattgefunden. Was kann zur Verhütung von Unfällen im Bergbau geschehen? In die Spitze der Forderungen stelle ich gute Ausbildung der Bergarbeiter, praktische sowohl wie theoretische. Dazu bedürfen wir guter Fortbildungsschulen. Auch durch Vorträge, besonders experimentelle Vorträge kann man den Leuten eindringlich vorführen, wie Katastrophen entstehen. Den Wettermännern muß in Versuchsstrecken vorgeführt werden, welches Ansehn sie herausbeschwören, wenn sie die Wetterkontrolle nicht gewissenhaft durchführen. Im Bergbau hängt das Wohl des einen von der Gewissenhaftigkeit des andern ab. Aber ich muß auch sagen, daß die Bergarbeiter nicht bei jeder Gelegenheit Forderungen an die Behörden stellen. Selbst ist der Mann. Auf der Grube Mont-Cenis hat der Wettermeister zugleich auch die Kohlenförderung zu beaufsichtigen. Ein solches System kann sehr leicht dazu führen, daß der Steiger die Kohlenförderung für wichtiger hält als die Wetterführung. Die Grubenkontrolle kann erheblich verbessert werden durch eine gute Zusammenarbeit von Bergbehörden und Betriebsrat. Mühsamwert ist die Berechnung des Betriebsplans mit den Betriebsratsmitgliedern.

**Abg. Pieper (U. S.):** Die Unternehmer wollen nicht in erster Linie Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter, sondern Profit. Den Sicherheitsmännern ließ man persönliche Vorteile zukommen. Wo das nicht half, griff man zur Sursapeitliche, ging man mit Mahregelungen vor. Redner weist an Hand der Statistik nach, wie ungeheuer die Opfer sind, die die Bergarbeiter jährlich, jährlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit zu leisten hat. De. Ausbruch hat festgestellt, daß es sich um eine Kohlenstaubexplosion auf der Zeche Mont-Cenis handelt. Nach den Aussagen der Zeugen und sonstigen zur Berechnung herausgekommen sind alle Sicherheitsvorschriften streng innegehalten. Der Ausbruch hat festgestellt, daß durchaus nicht alles in Ordnung war. Nun aber versucht man, die Arbeiterschaft für das Unglück selbst verantwortlich zu machen. Redner über eine Anzahl von Preisänderungen für diese Veruche an. Wenn Betriebs- und Bergpolizeivorschriften nicht so befolgt werden von den Arbeitern, so liegt das daran, daß uns dazu einfach nicht die Möglichkeit gegeben ist. Die bergpolizeilichen Vorschriften sind während des Krieges sehr gelockert worden. Die Unfallzahlen sind infolgedessen während des Krieges gewaltig emporgeschossen. Das wirkt auch jetzt noch nach. Die starke Vermehrung der Belegschaft im Bergbau unerfahrener Arbeiter führt naturgemäß zur Vermehrung der Katastrophen. Die Unkenntnis der Leute, wie man sich vor Unfällen schützen kann, muß die Katastrophenzahl vergrößern. Die Zulassung freier Wetter ist auf der Zeche Mont-Cenis nicht mangelhaft. Ich fand dort Schlagwetter und sie stehen noch da. Ein Sachverständiger hat sogar mit Bezug auf Mont-Cenis gesagt, wenn hier eine Schlagwetterexplosion entstanden wäre, hätten wir ein zweites Raddob bekommen. Wenn alle Sicherheitsvorschriften beachtet worden wären, hätte die Katastrophe nicht hereinbrechen können.

Das Grundübel der Bergunfallsfälle ist das kapitalistische Wirtschaftssystem. Der Unternehmer will Profit, der Arbeiter seinen Lohn. Mehr als anderswo gilt für den Bergbau, daß unfordarbare Mordarbeit ist. Auf Mont-Cenis hat man aber auch das sogenannte Leistungsbedingte eingeführt. Der Arbeiter ist bestrebt, möglichst viel zu leisten, damit er möglichst viel Lohn erhält. Lohnausfall bedeutet für ihn Hunger. Aber allerdings, Arbeiterschaft bringt auch sehr oft den Tod. Die Löhne der Bergarbeiter sind nicht so, daß die Bergarbeiter ein auskömmliches Leben führen können. Er bewegt sich zwischen 50 und etwas über 60 Mk. in den letzten Monaten. Erst im Mai dieses Jahres erreicht er die Summe von 63,94 Mk. Damit ist nicht auszukommen. Es ist doch außerordentlich zu drücken, daß das durchschnittliche Lebensalter der Bergleute nur 42,2 Jahre beträgt. Also in einem Alter, wo andre Menschen sich noch in der Vollkraft ihres Lebens befinden, sind die Bergarbeiter bereits dahingerafft. Herr Abg. Hübner hat, als wir die Interpellation eingebracht hatten, von den Betriebsräten gesagt, daß sie nichts anderes als weiße Salbe seien. Wir freuen uns über seine bessere Einsicht. Wir haben das selbe von Anfang an gesagt. Es ist zwar den Betriebsräten das Recht gegeben, sich zur Unfallverhütung zu äußern, aber es ist notwendig, daß ihnen auch eine weitergehende Selbstständigkeit auf diesem Gebiet gegeben wird. Haben die Betriebsräte Schuld an dem Unglücksfall? Schon werden derartige Behauptungen aufgestellt. Sie hätten für Abstellung der Mängel sorgen sollen. Wenn das gelten soll, muß man aber auch den Betriebsräten die Möglichkeit einräumen, damit sie in der Tat Mängel abstellen können. Was die Bewitterung der Grube anbetrifft, ob Benzin-Sicherheitslampen oder elektrische Grubenlampen, so sehe ich nicht an, zu erklären, daß ich durchaus nicht Neuerungen mich entgegenstelle, aber völlig zu entbehren ist die Benzin-Sicherheitslampe nicht. Was aber getan werden kann, Unfallfälle zu verhindern, muß gesehen, ohne Rücksicht auf den Profit. Das ist bisher leider nicht geschehen. Immer wieder sind die Bestimmungen der Arbeiter, der Arbeit in den Gruben den größtmöglichen Teil der Gefahren für Gesundheit und Leben zu nehmen, gescheitert. Und weitere Massen Bergarbeiter mußten mit dem Leben bezahlen. Angesichts der Massenabsterben im Ruhrgebiet haben wir die Pflicht, und wir werden nicht ruhen, eine Gesellschaft herbeizuführen, in der das Menschenleben höher steht als der Profit. (Lebh. Beifall l. d. U. S. V.)

**Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:** Soweit es möglich war, ist eine große Zahl der im Bergbau unerfahrenen Leute aus den gefährlichen Betrieben entfernt worden. Aber bis heute ist es noch nicht möglich, auf alle die neuangestellten Arbeitskräfte zu verzichten. Sicher ist es notwendig, auf die Schulung und mütterliche Ausbildung der Bergarbeiter für den Grubenbetrieb größtmögliches Gewicht zu legen. Aber die Schulung und Ausbildung für den Grubenbetrieb mußte nach Meinung der Regierung verbunden werden mit der praktischen Arbeit in der Grube. In dieser Beziehung soll ein Ausbau des Fortbildungsschulwesens herbeigeführt werden. Es kommt sehr viel auf gewissenhafte Befolgung der Vorschriften sowohl durch die Bergbeamten als auch der Arbeiter an. Es ist daher auch eine wichtige Aufgabe der Betriebsräte, in diesem Sinn auf die Arbeiter einzuwirken. Die Regierung wünscht eine gründliche Mitarbeit bei der Durchführung der Unfallverhütung. Aber die Regierung betrachtet das Betriebsratsgesetz nicht als weiße Salbe. Bei richtiger Anwendung des Betriebsratsgesetzes können die Betriebsräte vieles tun. Eine Erweiterung der Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes scheint uns nicht notwendig zu sein.

**Bergrat Hahfeld** legt eingehend die Betriebsverhältnisse auf der Zeche dar. Die Ursachen des Unglücks sind noch nicht zweifelsfrei festgestellt. Künftigen Unglücksfällen vorzubeugen ist nur

möglich durch Verbesserungen des Brennstoßes und der Grubenlampen. Auch auf die Ausbildung der Bergarbeiter muß das Augenmerk gerichtet werden. Gemeinsam mit dem Betriebsrat soll die Bergbehörde sich der Unfallverhütung widmen.

**Abg. Koch-Düffeldorf (Dnat.):** Es ist Aufgabe der Sachverständigen und Behörden, zunächst einmal zu prüfen, wo verbessert werden kann. Notwendig ist, daß alle beteiligten Kreise sich bemühen, den bestehenden Vorschriften Geltung zu verschaffen. Da müssen auch die Organisationen sich ins Mittel legen. Wenn aber versucht werden soll, aus diesem traurigen Ereignis politische Kapital zu schlagen, so müssen wir sagen: Finger weg!

**Abg. Winnefeld (D. Sp.):** Hält die Bergbehörde für ausreichend. Selbst der Betriebsrat der zudem kommunistisch sei, habe gesagt, daß von einem Verschulden nicht gesprochen werden dürfe. Das Unglück sei grauenerregend, aber im Reichstage scheue man sich nicht, das Unglück für parteipolitische Zwecke auszuwerten. Die Feststellungen des Untersuchungsausschusses hätten zwar Mängel gezeigt, aber ob und wo ein Verschulden vorliege, sei noch nicht klar.

**Abg. Jantzen (SPD.):** Was nützen die schönsten Vorschriften auf dem Papier, wenn sie nicht durchgeführt werden. Ich habe festgestellt, daß die Veriefelung versagt hat. An einer Stelle fehlten 50 Meter Rohr, an einer andern das Verschlußventil und wieder an andern Stellen die Zwischenventile. Unter solchen Umständen kann die Veriefelung nicht funktionieren. Als das Unglück geschehen war, hat der Rohrleger sich sehr schnell hineingefunden in die Grube, um die Zwischenventile hineinzubauen. Die Wetterkontrolle ist nicht mangelhaft geführt worden. Mir ist mitgeteilt worden, daß, obwohl Wetter vorhanden waren, seit März nicht ein einziges Wetterbuch eingetragen war. Den Hauern wird es schwer gemacht, das Wasser zur Veriefelung zu bekommen. Vielleicht müssen sie es sich selbst holen. Da kann man es verstehen, daß sie, namentlich da durch die Veriefelung die Arbeit noch viel unangenehmer wird, manchmal denken, versuchen wir es so. Dann aber ist sehr leicht das Unglück da. Man soll den Bergarbeitern die Durchführung der Vorschriften so bequem wie möglich machen, aber nicht noch alles Mögliche tun, um sie ihnen zu erschweren.

**Abg. Ziemer (Dem.):** Restlose Aufklärung über die Ursachen des Unglücks ist notwendig. Daß die Sicherheit für Gesundheit und Leben im Bergbau abgenommen hat, ist eine naturgemäße Folge des Krieges, der es erforderlich machte, viele mit dem Bergbau nicht vertraute Leute einzustellen.

**Abg. Braß (Komm.):** Es trifft durchaus nicht zu, daß auf der Grube Mont-Cenis alles in Ordnung war. Es muß festgestellt werden, daß die Betriebsratsmitglieder ausdrücklich erklärt haben, daß auf der Grube ein großer Mangel an Röhren und andern Veriefelungsgeräten geherrscht hat. Bis zum 30. März sind Schlagwetter festgestellt. Seit dem 1. April ist feins mehr ins Wetterbuch eingetragen. Sie können doch nicht mit einemmal aufgehört haben. Schuld an dem Unglück ist das kapitalistische System. Es geht ihm um den Profit. Solange die Arbeiter zu niedrigem Lohn beschäftigt werden, kommen sie gar zu leicht dazu, die Sicherheitsvorschriften aus dem Auge zu verlieren. Solange nicht die Löhne bedeutend herauf- und die Arbeitszeit bedeutend herabgesetzt ist, wird es auch neue Katastrophen geben.

**Abg. Schwarzer (B. Sp.):** Wir sind bereit, alle gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Bergleute zu unterstützen und hoffen, daß es gelingen werde, Grubenkatastrophen in Zukunft hintanzuhalten.

**Abg. Jaeger (SPD.):** Kollege Braß hat die Exekutive für die Betriebsräte verlangt. Zugleich erzählt er aber auch, der Betriebsrat auf der Grube Mont-Cenis habe sich beschwähren lassen. Solange Betriebsräte sich beschwähren lassen, können wir ihnen nicht die Exekutive einräumen.

**Abg. Hoffmann (USP.):** Die Bergarbeiter haben etwas anderes von der Regierung erwartet, als sie vom Reichsarbeitsminister vernommen haben. Er hat gemeint, die Rechte der Betriebsräte reichten aus, um Unglücksfälle zu vermeiden. Ich bin aber mit dem Kollegen Hübner der Meinung, daß die Betriebsräte in der Tat nichts als weiße Salbe sind. Es wurde gesagt, daß die Vorschriften ausreichen, um das Mögliche in der Verhütung von Grubenkatastrophen zu tun. Aber kann denn der Bergarbeiter bei den heutigen Verhältnissen die Vorschriften alle befolgen? Würde er das tun, müßte er mit der Hälfte des ohnehin kärglichen Lohnes nach Hause gehen. Auf einer Zeche wurde nach einer Explosion festgestellt, daß es auf schlechte Munition zurückzuführen war. Ein Steiger verbot die weitere Verwendung dieser Munition. Die Bergbehörden hätten die Pflicht gehabt, das Verbot zu veranlassen. Sie tat nichts. Die Folge war, daß wenige Tage später aus derselben Zeche eine neue Kohlenstaubexplosion sich ereignete, wobei es 7 Tote und 10 Verletzte gab. (Hört, hört!) Redner führt einige weitere ähnliche Fälle an, die beweisen, daß in der Tat durch Nachlässigkeit der Bergbehörde manches Unglück entstand. Am 16. November 1920 gab es auf Zeche Westfalen durch Selbstbruch 14 Tote. Schon kurz nachdem das neue Seil aufgelegt war, zeigte es viel schadhafte Stellen. Obwohl nicht unterlassen wurde, auf die schadhafte Stellen hinzuweisen und niederzuschreiben, daß das Seil kaum zwei Tage halten würde, wurde es weiter benutzt. Wenige Tage später erfolgte ein Selbstbruch. Resultat: 14 Tote. Ist aber wegen aller solcher Fälle schon einmal irgend jemand zur Verantwortung gezogen worden?

Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß an der Untersuchung im Falle Mont-Cenis wenig Arbeitervertreter hinzugezogen worden seien. Die Organisationen der Arbeiter hatten verlangt, daß Vertreter der Arbeiter hinzugezogen würden. Aber die Zechen prüfeten sich dagegen. (Hört, hört!) Sie wurden nicht hinzugezogen. Der Vertreter der Bergbehörde erklärte, daß er nichts gegen die Hinzuziehung habe. Dann habe man sie noch sprechen wollen, da seien sie aber weggegangen gewesen. Konnte man denn überhaupt annehmen, daß die Organisationsvertreter noch da sein würden, nachdem man sie von morgens bis abends hat draußen stehen lassen? Die lassen sich nicht wie dumme Jungen behandeln. Auf Mont-Cenis mit seiner großen Belegschaft mußte ein Steiger drei Reviere beaufsichtigen. Was auf der Zeche in Ordnung war, hat der Vertreter des Bergamts gesehen, was nicht in Ordnung war, blieb ihm unbekannt. 26 Betriebspunkte mußte ein Wetterkontrollleur kontrollieren. Die Wetterkontrolle soll drei Stunden vor der Einfahrt geschehen. Es ist aber unmöglich, diese Kontrolle auszuführen und in der Tat hatte auch der betreffende Wetterkontrollleur nur 6 von 26 Stellen besichtigt. Die Veriefelung war auf Mont-Cenis schlecht, die Röhren waren zu dünn, um eine ordnungsgemäße Veriefelung durchzuführen. Sonderbarerweise hat die Bergbehörde nicht entdeckt, daß die Röhre 50 Meter von der Straße fehlten. Ein Uebelstand ist, daß der Veriefelungsmeister nicht nur die Veriefelung vorzunehmen hat, sondern auch die Reparaturen an den Röhren. Selbstverständlich konnte dabei das Veriefeln nur nebenamtlich getan werden. Auch die Aufsicht war mangelhaft. Wir haben festgestellt, daß für 126 Mann nur ein Aufsichtsbeamter (Steiger) war, während 80 die Höchstgrenze ist. Es war auch zuviel Arbeit für die zwei Schiefer. In Mont-Cenis hat ein Schiefermeister an einem Tag 22 Schuß gelöst. Ich möchte die Bergbehörde fragen, ob dies innerhalb vier Stunden möglich ist. (Der Oberberghauptmann nickt und sagt: Ja!) Diese Behauptung glaubt Ihnen, Herr Oberberghauptmann, niemand, der praktisch im Bergbau tätig ist. Und der Betriebsrat Schler hat mir gesagt, daß in vier Stunden das Revier nicht einmal besichtigt werden kann, noch viel weniger kann man die Schiffe lösen. In Schleifhauern wurden Leute genommen, die erst vor vier Monaten in den Bergbau hineingeschnitten sind, während Bergleute mit langer Erfahrung wegen politischer Mißliebigkeit nicht als Schleifhauer verwendet wurden. Es wurde weiter festgestellt, daß auf Mont-Cenis von einem Beamten 24 mal Schlagwetter eingetragen waren. Und der gleiche Beamte sagte, daß ein zweites Raddob hätte eintreten können. Seit März sind keine Eintragungen über Schlagwetter gemacht worden. Vielleicht erklärt sich dies daraus, daß die Zeche mit dem vorigen Beamten,

der so oft Schlagwetter eingetragen hat, nicht auf gutem Fuße stand. Das Gesetz über die Sicherheitsmänner entspricht nicht den Tatsachen. Die Sicherheitsmänner sollten ja auch nach einem Ausbruch von der rechten Seite nur weiße Salbe sein, und sie sind es ja auch geworden. Sicherheitsmänner sind 6 Monate lang auf die schwarze Liste gesetzt worden, sie konnten irgendwas Urteilen und waren dem Hunger preisgegeben, weil sie die im Berg ihnen übertragenen Pflichten erfüllt haben. Es ist gut, daß endlich auch der Reichssozialist Hübner eingesehen hat, daß das Betriebsratsgesetz nicht den Anforderungen entspricht.

Nun zur Sozialisierung des Bergbaues. Wenn immer von den Bergarbeitern Opfer verlangt wurden, hat man ihnen die Sozialisierung des Bergbaues versprochen, aber nichts ist seitens der Regierung geschehen, um den Worten die Tat zu folgen zu lassen. Wundert sich die Regierung, daß die Arbeiter kein Vertrauen zu ihr haben? Wenn aber irgendeine Partei die Schuld trägt, daß in der Sozialisierungsfrage nichts getan worden ist, so hauptsächlich die rechtssozialistische. Sie brauchte nur zu wollen, aber sie wollte nicht. Die Bergarbeiter allein hatten die Macht, die Regierung zu zwingen, wenn, ja wenn die Rechtssozialisten gewollt hätten. Die Presse war rasch bei der Hand, die Bergarbeiter für das Grubenunglück verantwortlich zu machen. Die Schuld liegt am Gebirgssystem, das die Bergarbeiter zwingt, die bergbauähnlichen Vorschriften zu vernachlässigen. Die Arbeiter im Interesse der Sicherheit der Bergarbeiter werden nicht bezahlt. Ich hätte gehofft, daß die Regierung erklärt, den Betriebsräten müßten größere Rechte eingeräumt werden. (Die Rechte laßt fortgesetzt.) Ich glaube allerdings, daß es Ihnen unangenehm ist, wenn man das kapitalistische System gesteht. Aber Sie werden nicht verhindern, daß der Sozialismus sich durchsetzt zum Segen der gesamten Menschheit, vor allem zum Segen der Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall bei den U. S. V.)

#### Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Nach Erledigung einiger Nachtragssetats bringt beim Etat des Reichsernährungsministeriums

**Abg. Herz (USP.)** das Milliardenangebot an die Agrarier bei der Maloerbildung zur Sprache. Die bürgerlichen Fraktionen haben sich im Ausschuß zu diesem Posten nicht geäußert. Es ist erklärlich, wenn man ein Milliardenangebot erhält. Alle Gründe, die damals für den Posten angeführt worden sind, sind heute hinfällig. Für kulturelle Zwecke haben wir nicht zwei Milliarden, hier aber Milliarden. Entgegen der Behauptung der Regierung, daß sich die Ablieferung von Getreide stetig in der Periode vom 15. Februar bis 15. Juni nur 100 000 Tonnen abgeleert worden. Wenn wir im Ausland dieses Getreide gekauft hätten, hätten wir 4000 Mk. pro Tonne bezahlen müssen, während wir den Agrariern 24 000 Mk. pro Tonne zahlten. Das ist ein Panamastandal, wie er in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands noch nicht dagewesen ist. Es ist eine den Agrariern zustehende Preisgabe von 2,4 Milliarden Mark ohne volkswirtschaftlichen Wert.

**Abg. Dobrich (D. Sp.):** Wir Bauern sind nicht gewillt, noch länger die Preigeltnaben zu sein. (Schlägt mit der Faust auf den Tisch.)

Reichsernährungsminister Hermes: Die Verbilligung des Meises sollte nicht nur der Verbilligung des Brotgetreides dienen, sondern auch der Förderung der Schweinezucht. Die Verzehrung des Abg. Herz über die Ablieferung ist falsch und ich verweigere mich dagegen, wenn er von einem Panamastandal spricht.

**Abg. Schmidt-Cöpenick (Soz.)** trägt eine Reihe von Fällen vor, wobei die Agrarier es verstanden haben, sich billigen Meis zu verschaffen und Millionen zu verdienen, während die kleinen Landwirte bei der Maloverlieferung benachteiligt werden.

Reichsernährungsminister Hermes: Es ist zweifellos, daß sich bei einer solchen Aktion Mißstände einstellen. Auch uns sind sie bekannt. Im übrigen verteidigt der Minister die Maßnahme.

**Abg. Herz (U. Soz.):** Daß sich bei der Verteilung von Meis Schiebereien zutragen, ist erklärlich, denn die Verteilung geschieht nicht durch die Behörden, sondern durch die landwirtschaftlichen Organisationen. Wenn der Minister die von mir genannten Zahlen beanstandet, so möchte ich ihm sagen, daß in der Tat seit dem Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr als 100 000 Tonnen an die Reichsgetreidebestelle abgeliefert worden sind. Was der Minister über das Steigen der Schweinepreise sagt, ist hinfällig, denn seit 1919 zeigt die Schweinezucht eine steigende Tendenz.

Zum großen Teil ist der Meis in die Brennereien gewandert. Deutschland erläßt zur Zeit direkt im Brauwesen. (Widerpruch rechts.) Ja, meine Herren, für die Brauwirtschaft, bei der Sie mehr verdienen, zeigte sich stets ein besonderes Interesse. — Es folgen weitere Bemerkungen des Abg. Herz und des Ministers Hermes.

Damit ist der Haushalt des Ernährungsministeriums erledigt. Das Haus tritt nach zehntägiger Sitzungsdauer in die Erledigung des Eisenbahnetats ein. Aber da die Pressevertreter die Berichterstattung einstellen, ist über den weiteren Verlauf der Sitzung nichts bekannt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Abwicklung der Kriegsgesellschaften, Uebergang der Wasserstrahlen auf das Reich, Altrentnergesetz, Wehrmachtsverorgungs-gesetz, Gesetz über religiöse Kindererziehung, Nachtragssetats.

### Anträge

zur Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens.

1. **Ortsgruppe Bauhen.** Den Beitrag auf 70 Pfg. für männliche und 40 Pfg. für weibliche Mitglieder pro Woche zu erhöhen, inkl. der Sekretariatsbeiträge. Jeder andre Extrabeitrag hat in Fortfall zu kommen.

2. **Bezirk Dresden.** Eine nichtöffentliche Sitzung abzuhalten, um zur Frage Stellung zu nehmen, was die Fraktion und unsere Genossen in der Regierung zur Bewältigung der bei der Regierungs-bildung aufgestellten Grundzüge getan haben.

3. **Ortsgruppe Grimnitzschau.** Die Landtagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, Zuschläge zu den Reichsteuern zu erheben.

4. **23. Kreis, Plauen (Kreisgeneralversammlung).** Das Zweikammersystem in den Gemeinden zu beseitigen. Auch der in den Richtlinien für die Reform der Gemeindegesetzgebung genannte Hauptauschluß darf nicht zur Einrichtung werden.

5. Die Kreishauptmannschaften sind aufzulösen und in keiner Form, auch nicht als zweite Instanz, wieder einzurichten.

6. **Groß-Weipzig (Generalversammlung).** In Absatz 2 der Richtlinien statt „besoldete Stadträte“ „leitende Gemeindebeamte“ zu setzen.

7. **Gemeindevertreter-Konferenz, Bezirk Heidenau.** Resolution. Die Gemeindevertreter-Konferenz des unteren Bezirks erwartet vom Minister des Innern, Genossen Lipinski, daß er nichts unversucht läßt, sofort den Entwurf zur Gemeindeform im Sinne unserer grundsätzlichen sozialistischen Gemeindepolitik zu gestalten. Das sogenannte Zweikammersystem muß mit der Reform beseitigt werden. Von der U. S. V. Fraktion des Landtages muß verlangt werden, daß sie von unsern jahrelangen Forderungen nicht abweicht und eine Gemeindeform schafft, die auf längere Zeit dem Umwälzungsprozeß standhalten kann.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

War es nicht ziemlich gleichgültig, ob ich die zehn Kronen zurückschickte oder nicht. Wenn ich sie bekommen hatte, gehörten sie mir, und dort, woher sie kamen, war gewiß keine Not.

Ich versuchte das Getriebe vor mir auf dem Platz zu beobachten und meine Gedanken mit gleichgültigen Dingen zu beschäftigen; aber es gelang mir nicht, und ich mußte immer nur an die zehn Kronen denken.

Uebrigens mochte der schwefelgelbe Teufel das Ganze hosen! Ich hatte ja nicht um das Geld gebeten, ich hatte es kaum einmal in Händen gehabt, sondern es sofort weitergegeben, wildfremde Menschen damit bezahlt, die ich im Leben nicht wiedersehen würde.

Es war fünf Uhr. Abermals fiel ich nach meiner langen nervösen Erregung zusammen und empfand von neuem das leere Saufen im Kopfe.

Ich zude zusammen, richtete mich auf und denke nach. Ja, es hatte keine Nichtigkeit, es war das selbe Weib hinter demselben Tische auf derselben Stelle.

Ich gehe an die Ecke, lasse das Weib ins Auge und stelle mich vor sie hin. Ich lächelte, nicht wie bekant und nicht meine Worte so ein, als ob es selbstverständlich gewesen, daß ich noch einmal wiederkommen würde.

„Guten Tag!“ sagte ich. „Sie kennen mich wohl nicht wieder?“

„Nein“, antwortete sie langsam und sieht mich an.

„Ich lächelte noch mehr, als sei es nur ein kostbarer Scherz ihrerseits, daß sie mich nicht wiedererkenne und sage:

„Besinnen Sie sich nicht, daß ich Ihnen einmal etliche Kronen gegeben habe? Demals sagte ich nichts, soweit ich mich erinnere; ich pflege das nicht zu tun. Wenn man mit christlichen Leuten zu tun hat, ist es nicht notwendig, was zu verabreden und sogar seine Kontrakte wegen jeder Kleinigkeit zu machen.“

„Nein, wirklich, Sie waren es!“

„Ja, jetzt kenne ich Sie auch wieder, wenn ich recht nachdenke.“

„Ich wollte verhindern, daß sie sich für das Geld bedanke, und sage deshalb schnell, während ich schon mit den Augen die Schwarz auf dem Tische ausleuchte:

„Jetzt komme ich, um mir die Kuchen zu holen.“

Das versteht sie nicht.

„Die Kuchen“, wiederholte ich, „jetzt will ich sie mir holen!“

„Ich sagte und lächelte laut, als ob es ihr sofort hätte einfallen müssen, daß ich sie holen will.“

Als das Weib dies sieht, steht sie in ihrem Kellertoch auf, macht unwillkürlich eine Bewegung, wie um ihre Waren zu beschützen, und gibt mir zu verstehen, daß sie mich nicht zurückwartet habe, um sie zu berauben.

„Nicht? Wirklich nicht? Sie sei wirklich eine kostbare Frau! Ob sie sie erlöst habe, daß ihr jemand einen Haufen Kronen zur Aufbewahrung gegeben, ohne daß der Betreffende sie zurückverlangt habe? Nein — also sehen Sie! Ob sie glaube, daß es gestohlenes Geld gewesen, da ich es ihr in dieser Weise hingeworfen? Na, das glaubte sie also nicht; das war doch gut, wirklich gut!“

„Es sei lieb von ihr, wenn ich mich so ausdrücken dürfte, daß sie mich doch für einen christlichen Mann hielt.“

„Ja, Sie sei wirklich köstlich!“

„Weshalb ist ihr denn das Geld gegeben habe? Das Weib wurde wütend und schrie laut.

„Ich erklärte, weshalb ich ihr das Geld gegeben, erklärte es ruhig und nachdrücklich: Es sei meine Gewohnheit, so zu handeln, weil ich alle Menschen für gut halte.“

„Die Frau begriff es aber immer noch nicht.“

„Ich griff zu andern Mitteln, sprach scharf und verbat mir jeden Unfinn.“

„Schweren Herzens verließ Aldermann an diesem Abend die Wohnung.“

Die Mauer.

Eine Erzählung aus der Umgebung von Otto Jansen.

(Fortsetzung.)

Schweren Herzens verließ Aldermann an diesem Abend die Wohnung. Langsamem Schrittes ging er die dunkle Hauptstraße hinab, er mußte sich noch etwas Bewegung machen, denn wie unter stürmendem Druck lasteten allerlei düstere Gedanken auf ihm: Da sieht man nun seine besten Kräfte ein, um die Gemeinde vorwärts

zu bringen; in der selbstlosesten Absicht warnt man vor den Gefahren, die man da mit Sicherheit kommen sieht und die für uns, aber vor allem für unsere Nachkommen so Schweres in sich bergen. Und wie wenig Verständnis findet man dabei. Und die Arbeiter, meine Klassengenossen, die verstehen mich auch nur zum Teil und meinen, daß durch die Pläne des Rittergutsbesizers der Ort doch nur gewinnen könne.

„Na, so vertieft in Gedanken, Joseph? sagte da neben ihm eine Stimme. Wie aus wirren Träumen erwachend fuhr Aldermann empor und erblickte neben sich seinen Kollegen aus dem Gemeinderat, den Winkler.“

Der Winkler ließ sich nicht lange nötigen. „Ja also, das war ja heute wieder mal ein schönes Theater im Gemeinderat, du hättest nur hören sollen, was die Großköpfe noch alles über dich und deine Ansichten sagten, als du fort warst.“

„Berächtlich judte Aldermann mit den Schultern und meinte trocken: „Ich kenne schon meine Pappenhäuser, und was du mir da sagst, das habe ich längst kommen sehen, aber die Leute werden sich schneiden, die Saat, die ich streue, wird aufgehen und ihre Früchte werden einst den Nachkommen dieser engherzigen Bauern schwer genug im Magen liegen.“

„Sachte, sachte, Joseph“, blinder Eifer schadet nur. Aber freilich hast du recht, und ich als Maurer muß mich gerade genug plagen und möchte mirs selbst gönnen, daß ich mal leichter hätte.“

„Aldermann war wieder allein und bittere Gedanken regten sich in ihm. So sind nun diese Menschen, hängen mit allen Fäden ihres Herzens an den kleinen Dingen des Lebens und vergessen dabei, Mensch zu sein, zu denken und zu fühlen, wie es die gesunden fünf Sinne ihnen eingeben.“

„Jahre sind dahingegangen, wer heute den Ort durchschreitet, der findet nur hier und da noch Spuren der alten Bauernwirtschaften. Ein Straßennetz durchquert die Fluren, in geblähter Enge erheben sich die Reihenhäuser, in denen der Proletarier wohnt.“

„Nur das „alte Dorf“ ist fast noch unberührt in seiner einstigen Form erhalten geblieben. Auch die Kirche steht noch, aber das alte Pfarrhaus ist verschwunden; wo es gestanden, erhebt sich ein villenähnliches Gebäude, groß genug, um ein Vierteltausend Arbeiterfamilien zu beherbergen.“

„Die kleinen Hütten der Häusler drängen sich auch heute noch eng zusammen, wie die Kisten, die sich um die Mutter scharen, dazwischen sehen wir noch ein paar der alten Bauernhöfe, die lange schon nicht mehr der Landwirtschaft dienen.“

„Der gnädige Herr von damals hat gut verstanden, zu wirtschaften: sein Vermögen ist streng von der Außenwelt abgeschlossen.“

„Der gnädige Herr von damals hat gut verstanden, zu wirtschaften: sein Vermögen ist streng von der Außenwelt abgeschlossen.“

Weit dehnt sich die Mauer, ein fürstliches Besitztum umschließt sie, das der Laune und dem leichtverdieneten Gelde des gnädigen Herrn sein Entstehen verdankt. Das Herrenhaus, ausgestattet mit allem Luxus, steht mitten im Park. Ein kunstgeschmiedetes Gitter wehrt den Zutritt und der neugierige Blick, der von draußen hinüberfliegt, läßt nur einen kleinen Ausschnitt an der Herrlichkeit sehen. Man ahnt, daß man vor einem Paradies steht, das für gewöhnliche Sterbliche unerreichtbar ist.

„Und die Gemeinde? Die ist arm, hat schwere Lasten zu tragen und nicht einen Fußbreit Boden gehört ihr als Eigentum.“

„Und die Gemeinde? Die ist arm, hat schwere Lasten zu tragen und nicht einen Fußbreit Boden gehört ihr als Eigentum. Will die Gemeinde irgendetwas unternehmen, ein Verordnungsamt bauen, für die Aermsten ihrer Armen, so geht sie hin zur Herrschaft und fleißig um Land und Grund.“

Kleine Chronik.

Sommernachtsraum im Palmengarten. Zum Besten des fürsorgeamtes für Studierende werden am Freitag, dem 8. Juli, die Studierenden der Akademie, der Frauenhochschule, der Handelshochschule und des Konservatoriums das große Künstlerfest, welches am 22. Juni in engerem Kreise bei zahlreicher Beteiligung abgehalten wurde, nochmals für die Allgemeinheit wiederholen.

Leipziger Volkstheater (Der Geizige). Ein noch im Entstehen begriffenes Unternehmen veranstaltete am Sonnabend im Felsenkeller eine Verbeabend — Gründungsvorstellung nannte es der Zettel. Zu Anfang hielt Dr. Stelow eine Rede, in der er über Wesen und Ziel der Volksbühnenbewegung sehr viel Schönes sagte.

Die Sonnabendvorstellung kann dafür als Maßstab noch nicht genommen werden. Es ist noch kein festes Ensemble vorhanden, und die Bühne entbehrt noch der Verbesserungen, die für den Herbst in Aussicht genommen sind.

Operettentheater. (Gesamtagsspiel des Deutschen Theaters Berlin.)

„Kunstaussstellung H. S. Weyer u. Sohn, Leipzig, Dittichring 22. Neu: Gemälde von Max Klinger (gest. 4. Juli 1920), u. a. ein Frauenkopf von 1890, Zeichnungen und Aquarelle des Künstlers; außerdem das graphische Werk von J. Segenbart.“

Eingelaufene Schriften.

Gerit Engelt. Rhythmus des neuen Europa. Eugen Diederichs Verlag in Jena. Preis geheftet 20 Mk., gebd. 26 Mk.

Dr. Willh. Cohn, Ein Lebensbild Ferdinand Lassalles. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Stuttgart. Preis 5 Mk.

Herbert Eulenbergs. Der Gudakast. Deutsche Schauspielbilder. J. Engelhorns Nachf., Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. In Halbleinen gebd. 30 Mk. In Kalbleder gebd. 60 Mk.

Stephan Heise, Zertrümmerter der proletarischen Einheitsfront! Frankfurt. Genossenschaftsdruckerei und Verlag „Vollrecht“. G. G. m. b. H., Frankfurt, Preis 75 Pfg.

Deutschnationale Drahtentwürfe der Korruption. Erste Folge. Zentraleuropäischer Verlag, G. m. b. H., Berlin.

Max Halbes Werke, Siebenter Band: Jo, Roman. Verlag von Albert Langen, München. Preis geheftet 18 Mk., gebd. 28 Mk.

# ALTHOFF

Großer

## Saison-Ausverkauf

Beginn Montag, den 4. Juli

Dieser Saison-Ausverkauf trägt das bekannte Gepräge des Hauses: „Großzügigkeit, Geschmack, Billigkeit“. Wir wollen es gleich vorweg nehmen: Wir werden enorm billig verkaufen. Wir haben zu unseren Lager-Beständen große Posten unter Preis von unseren Lieferanten als Ergänzung hinzugekauft, so daß Sie trotz der billigen Preise nach Ihrem Geschmack wählen können. Das bezieht sich besonders auf die großen Mengen in Damen- und Kinder-Konfektion und das bezieht sich ebenso auf die großen Massen in Woll- und Washstoffen. Ein genaues Bild gewinnen Sie erst, wenn Sie sich durch einen Besuch unseres Hauses davon überzeugen.

### Kleiderstoffe

Schotten für Haus- und Kinderkleider, gute Qualität, ca. 90 cm breit	Ausverkaufspreis	16.50
Blusenstoffe dunkle aparte Streifen, ca. 75 cm breit	früher 26.50 jetzt	16.50
Kleiderstoffe einfarbig mit Streifen, für Blusen und Kleider, ca. 85 cm breit	früher 28.50 jetzt	19.50
Gabardine marine u. schwarz, gemustert für Kleider u. Röcke, ca. 120 cm breit	früher 58.00 jetzt	38.00
Kostümstoffe I. Wolle, hellfarbig, ca. 130 cm breit	früher 78.00 jetzt	65.00
Kostümstoffe reine Wolle, schöne weiche Ware m. fein. Streif. u. Karos, ca. 130 cm breit	früher 110.00 jetzt	65.00
Popeline reine Wolle, feinfarbig mit zarten Strichkaros, ca. 105 cm breit	früher 95.00 jetzt	75.00
Cheviot mit aparte groß. Karos für Sport- und Faltenröcke, ca. 130 cm breit	früher 145.00 jetzt	88.50
Cheviot ca. 130 cm breit, mit Streifen für Kostüme und Faltenröcke	früher 135.00 jetzt	88.50

### Seidenstoffe

Taffel für Blusen und Unterröcke in allen modernen Farben, ca. 45 cm breit	früher 45.00 55.00 62.00 jetzt	35.00
Taffel für Kleider und Blusen, in vielen Farben, ca. 80 und 100 cm breit	früher 125.00 jetzt	75.00
Crêpe de Chine nur in schwarz, ca. 90 cm breit	früher 68.00 jetzt	58.00
Crêpe de Chine elfenbein und farbig, für Blusen u. Kleider, ca. 100 cm breit	früher 95.00 jetzt	75.00
Bastseide für leichte Sommerkleider, ca. 85 cm breit	früher 58.00 jetzt	48.00
Bastseide hellblau u. rosa, prakt. Qualität, ca. 100 cm breit	früher 95.00 jetzt	75.00
Bastseide bedruckt, schöne Kleidermuster, ca. 80 cm breit	früher 58.00 jetzt	48.00
Bastseide handgemalt, für aparte Blusen, ca. 85 cm breit	früher 98.00 jetzt	68.00
Blusenstoffe in aparte handgemalten und bedruckt. Mustern, ca. 90 cm breit	früher 110.00 jetzt	78.00
Fullserge in schwarz u. weiß, ca. 100 cm breit	früher 85.00 jetzt	48.00

### Volants

Mull-Volant ca. 32 cm breit, f. duft. Unterröcke, Untertaillon usw.	Ausverkaufspreis	12.50
Voile Volant ca. 55 cm breit, für Kleider moderne schöne Muster	Ausverkaufspreis	29.00
Voile Volant ca. 110 cm breit, für elegante Kleider i. mod. Dessins	Ausverkaufspreis	48.00

### Putz

Hutblumen in großer Auswahl	Ausverkaufspreis 0.95 0.45	25 ¢
Abgepaßte Spitzenschleier	Ausverkaufspreis 13.50 9.50	5.50
Polenkappen f. Damen u. junge Mädchen a. Flausch, Wollstoff, Rippe	Ausverkaufspreis 10.50 6.50	4.50
Matrosen-Mützen für Knaben	Ausverkaufspreis 14.50 9.50	6.50
Regen-Kappen für Damen u. Kinder	Ausverkaufspreis 28.50 21.50	14.50

### Konfektion

#### Weißer Waschkleider

aus gutem Voll-Voile

Serie I früher 140.00 bis 175.00 jetzt	95.00
Serie II früher 175.00 bis 260.00 jetzt	125.00
Serie III früher 340.00 bis 380.00 jetzt	225.00

#### Woll- und Seidenkleider

Serie I früher 850.00 bis 950.00 jetzt	290.00
Serie II früh. 525.00 bis 1200.00 jetzt	350.00
Serie III früh. 680.00 bis 1200.00 jetzt	450.00

#### Imprägnierte Mäntel

Serie I aus vorzüglichem Baumwoll-Rips früh. 275.00 jetzt	195.00
Serie II aus guter Radium-Seide früher 525.00 . . . . . jetzt	350.00
Serie III aus reinem Wollserge früher 675.00 . . . . . jetzt	450.00

#### Kleider Röcke

Serie I imit. Leinen früher 95.00 . . . . . jetzt	38.00
Serie II Frotté, früher 95.00 . . . . . jetzt	58.00
Serie III Frotté, weiß und farbig früher 125.00 bis 150.00 jetzt	95.00

#### Wash-Unterröcke

Serie I früher 42.00 . . . . . jetzt	31.50
Serie II früher 54.00 . . . . . jetzt	38.50
Serie III früher 72.00 . . . . . jetzt	56.00

### Kinderkonfektion

im Preise bedeutend herabgesetzt.

### Modewaren

Blusen-Kragen kleine Formen, gestickt	Ausverkaufspreis 12.50 7.25 5.75	3.85
Blusen-Kragen große M. atrosenformen, gestickt	Ausverkaufspreis 12.50	7.25
Schalfalten-Kragen große Auswahl in schönen Ausführgn.	Ausverkaufspreis 22.50 17.50 12.50	9.75
Tüll-Jabots mit gutstehendem Bündchen	Ausverkaufspreis 22.50 17.50 14.50	9.75
Kinder-Garnituren weißer Batist, mit Spitze garniert	Ausverkaufspreis	2.85
Matros.-Kragen-Garnituren, marine-weiß besetzt	Ausverkaufspreis 3.25	2.85
Stehumlege-Kragen für Hemdblusen, glatt oder gestickt	Ausverkaufspreis 1.25 0.95	50 ¢
Schleier reich gestickt, in vielen Farben	Ausverkaufspreis 18.50 12.50 9.50	7.50

### Washstoffe

Dirndl-Mousseline ca. 75 cm breit in schönen Mustern	Ausverkaufspreis	9.75
Dirndl-Zephyr ca. 80 cm breit, waschecht, hübsche buntfarbige Karos	Ausverkaufspreis	9.75
Crepon einfarbig, ca. 100 cm breit, solide Qualität in weiß, rosa, hellblau, schwarz	Ausverkaufspreis	12.50
Vollvoile bedruckt, ca. 120 cm breit, bunten Blumenmuster	Ausverkaufspreis	14.50
Vollvoile bedruckt mit bunten Blümchen, ca. 70 cm br.	Ausverkaufspreis	19.50
Opal bedruckt, ca. 120 cm br., m. Tupfen auf weißem Grund	Ausverkaufspreis	19.50
Opal glattweiß, ca. 120 cm br., gute Qual. für Blusen u. Kleider	Ausverkaufspreis	28.50
Frotté uni Farbe, ca. 120 cm breit	Ausverkaufspreis	29.50

### Sommer-Trikotagen

Korsettschoner weiß gestrickt, ohne Arm, 70 cm lang	Ausverkaufspreis 6.50	4.50
Damen-Hemden weiß gestrickt, ohne Arm, 85 cm lang	Ausverkaufspreis	9.50
Damen-Schlupfhosen Baumwolle, in allen Farben	Ausverkaufspreis 17.50	14.50
Damen-Hemdosen weiß gestrickt, ohne Arm, solide Qualität	Ausverkaufspreis 22.50	18.50
Herren-Hosen gute Baumwoll-Qualität	Ausverkaufspreis 25.00	21.50
Herren-Hemden haltbare Baumw.-Qual.	Ausverkaufspreis	24.50
Trikot-Oberhemden weiß gebleicht m. eleg. Einsätzen	Ausverkaufspreis 34.50	29.50
Kinder-Höschen weiß gestrickt, zum Anknöpfen	Ausverkaufspreis 8.75	6.75
Herren-Garnituren (Hose u. Jacke) mit lang. Arm farbig m. weiß. Besatz	Ausverkaufspreis 68.00 62.00	56.00
Badehosen halbtrock. Kopertrikot, rohfarbig mit Beinansatz	Ausverkaufspreis 12.25 8.25	5.25

### Handschuhe

Damen-Halbhandschuhe Zwirn, 40 u. 50 cm lang, farb., schwarz u. weiß	Ausverkaufspreis	95 ¢
Damen-Halbhandschuhe reine Seide, 40 u. 50 cm lg. farb., schwarz u. weiß	Ausverkaufspreis	2.50
Damen-Zwirnhandschuhe in prakt. Farben, 2 Druckknöpfe	Ausverkaufspreis	5.75
Damen-Handschuhe Dünnes Leder-imitat., 2 Druckknöpfe, i. versch. Farb.	Ausverkaufspreis	7.50
Damen-Handschuhe Periflet, reine Seide, 2 Druckkn., hell- und dunkelfarbig	Ausverkaufspreis	7.50
Damen-Zwirnhandschuhe sehr haltb. 2 Druckknöpfe, grau u. braun	Ausverkaufspreis	9.50

### Seidene Bänder

für Haarschleifen und Schärpen

Taffetband reine Seide schwarz, weiß und in vielen modernen Farben	Ausverkaufspr. 16.50 14.50 11.00	9.50
Buntgestreiftes Band ca. 12 cm breit	Ausverkaufspreis	10.50